

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1926

301 (3.7.1926) Morgenausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1,50 M. im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1,40 M. Durch die Post monatlich 2,60 M. zuzügl. 72 S. Zustellgeb. Einzelpreise: Wochens-Nummer 10 S., Sonntags-Nummer 15 S. — Im Fall bösserer Gewalt, Streit, Ansperrung zc. hat der Besizer keine Ansprüche bei veränderten oder Nicht-Erscheinen der Zeitung. — Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den Monatsheften angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 10spaltige Nonp. Seite 0,32, ausw. 0,40 Goldm. Stellen-Gesuche, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen ermäßelter Preis. Nekrolog. Seite 1,50, an erster Stelle 2.— Goldm. Bei Wiederholung tarifferter Abant. der bei Abbestellung des Blattes, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konturaten außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

Neue Badische Presse

Handels-Zeitung

Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Samstag, den 3. Juli 1926.

Eigentum und Verlag von :: Ferdinand Zibergarten ::
Chefredakteur: Dr. Walter Schneider.
Verantwortlich: Für badische Politik: M. Holzinger; für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. Reizner; für ausländische Politik: H. Kimmig; für Soziales und Sport: H. Bolzenauer; für Kommunalpolitik: E. Wüster; für das Reichstagen: Emil Selmer; für Ober- und Konzepte: Chr. Hertel; für Sonder-Redaktionen: H. Feld; für die Anzeigen: H. Rindfleisch; alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger. Fernsprechnr.: 4050 4051 4052 4053 4054.
Geschäftsstelle: Birtel- und Sammlerstraße 66. Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8369. Beilagen: Rott und Delmat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Wandern und Reisen / Haus und Garten / Karlsruher Betriebs-Zeitung.

Das Abfindungsgesetz zurückgezogen.

Keine Reichstagsauflösung. — Kein Rücktritt der Regierung. — Das Sperrgesetz verlängert.

Die entscheidende Reichstagsitzung.

m. Berlin, 2. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Gesetzentwurf über die Fürstenabfindung ist von der Regierung zurückgezogen. Der Reichstag wird nicht aufgelöst, die Reichsregierung tritt nicht zurück. Die Verlängerung des Sperrgesetzes ist mit weit über der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden. Das ist das Ergebnis der Reichstagsitzung vom Freitag. Den ganzen Tag über herrschte im großen Gebäude der Deutschen Volksvertretung, am ehemaligen Königsplatz, heute Platz der Republik genannt, lebhaftes Treiben. Zwischen den Regierungsparteien und den beiden Flügelparteien, zwischen den Parteien und der Regierung selbst fanden andauernd Besprechungen statt. Vorschläge und Pläne zur Lösung der großen Krise tauchten auf und verschwanden. Die Situation war jedenfalls durch den am Donnerstagabend gefassten Beschluss der Sozialdemokratischen Fraktion vollkommen geklärt. Dieser Beschluss erregte allgemeine Verwunderung. Man wusste,

das innerhalb der Sozialdemokraten ein scharfer Meinungsstreit entbrannt war

über das, was zu tun sei. Die maßvollen und verständigen Elementen drängen für die Annahme des Gesetzentwurfes über die Fürstenabfindung einzutreten. Sie wurden noch unterstützt durch den preussischen Ministerpräsidenten Braun, der den schriftlich fixierten Wunsch der Preußenfraktion aussprach, die Reichstagsfraktion möge für den Gesetzentwurf stimmen. Alles jedoch war vergebens; denn die große Mehrheit war durch die Erregung der letzten Tage, durch die gegenseitige Verhegung und auch durch die Furcht vor den Kommunisten soweit gebracht, daß sie glaubte, nicht mehr zurückzukommen. Infolgedessen hatten die Sozialdemokraten sich am Donnerstagabend in der Mehrheit von 73 gegen 38 Stimmen dafür entschieden, gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Da von vornherein die Haltung der Sozialdemokraten feststand, war damit das Schicksal der Vorlage entschieden.

Alle Versuche, in irgend einer Form noch eine Lösung zu finden, mußten an dieser eheernen Tatsache scheitern.

Es tauchten, wie bereits bemerkt, Vorschläge auf, doch vor der dritten Lesung einen Antrag einzubringen, die endgültige Abstimmung bis nach den Ferien zu verschieben. Dieser Gedanke war in den letzten Tagen besonders enthusiastisch geprüft worden. Es wäre aber mit der einfachen Verhinderung der Sache nicht gebend gewesen. Außerdem hatte die Regierung noch am Donnerstag erklärt, daß sie im Falle der Ablehnung des Gesetzentwurfes auch keinen Wert auf die Verlängerung des Sperrgesetzes legen würde. Auch in dieser Hinsicht mußte in der Situation eine Veränderung eintreten. Man kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Regierung von Anfang an keine glückliche Hand bewiesen hat.

Erklärungen und Beschlüsse des Kabinetts widersprachen sich dauernd.

Am meisten in den letzten Tagen. Ob das wohl eine Auswirkung des Wirrwars innerhalb der Parteien war, oder umgekehrt, bleibt dahingestellt. Ueber die Tatsache kommt man nicht hinweg, daß die Regierung in dieser Hinsicht eine wenig glückliche Politik betrieben hat.

Im Reichstag selbst war bis unmittelbar vor Beginn der Sitzung die Ungewissheit noch groß. Das spiegelte sich schon darin, daß der auf 1 Uhr festgesetzte Beginn der Sitzung bis auf 3 Uhr 20 Min. verschoben wurde. Die Fraktionen traten zu kurzen Beratungen zusammen, nachdem die Führer der Regierungsparteien sich mit dem Reichskanzler zunächst über die grundsätzliche Stellungnahme verständigt hatten. Nach den Fraktionsberatungen fand abermals eine interfraktionelle Besprechung mit Vertretern der Regierung statt, wobei man noch erriet, in welchem Stadium der dritten Lesung die Zurückziehung der Vorlage erfolgen sollte. Schließlich einigte man sich auf das Verfahren, das nunmehr vor sich geht.

Nach kurzen Präliminarien erhielt als erster das Wort der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, der Abgeordnete Wels, der eine länger formulierte Erklärung verlas. Schon während dieser Erklärung geriet das Haus teilweise in gewaltige Erregung und

es tobte zuweilen ein Sturm durch das Haus, der die Worte des Redners völlig verschlang. Uebrigens muß bemerkt werden, daß das Haus sowohl wie die Tribünen außerordentlich stark befeuert war. Als zweiter Redner erhielt das Wort der Abgeordnete Graf Westarp. Er schränkte sich nicht auf die Verlesung einer von seiner Fraktion beschlossenen Erklärung, sondern ging noch einmal auf die ganze Entwicklung der Dinge bis zum entscheidenden Tage ein, um darzulegen, daß seine Fraktion ehestig beabsichtigt gewesen sei, an der Erledigung der Abfindungsfrage mitzuwirken. Wehlich wie Wels für die Sozialdemokraten führte Graf Westarp für die Deutschnationalen im einzelnen aus, was für Anträge sie gestellt hatten, um ihren guten Willen zu beweisen. Der erste Teil der Westarpschen Rede wurde ebenfalls von gewaltigem Sturm der Gegnerschaft und des Beifalles vielfach unterbrochen. Manche Sätze wurden auf der Tribüne in dem Lärm unverständlich und der Reichstagspräsident konnte nur mit dauerndem Glockenschwanken beruhigende Zurufe und dem Erteilen von Ordnungstrafen notwendig die Ruhe aufrechterhalten.

Als Graf Westarp seine im letzten Teil etwas eintönig wirkenden Ausführungen beendet hatte,

erhielt das Wort der Reichskanzler und nun trat amlose Stille ein. Obgleich der Inhalt der Regierungserklärung im wesentlichen bereits bekannt war, erregte sie doch allgemein Sensation. Der Reichskanzler führte im Namen des Kabinetts aus, daß zwar der feste Entschluß bestanden hatte, den Reichstag aufzulösen, falls eine der beiden großen Flügel-

parteien gegen das Gesetz stimme und die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zu Stande kommen soll. Da nun aber beide großen Flügelparteien durch den Mund ihrer Redner erklärt hätten, gegen den Gesetzentwurf stimmen zu wollen, habe eine weitere Erklärung gar keinen Zweck mehr und die Regierung ziehe daher den Entwurf zurück.

Weiter erklärte er, unter den augenblicklichen Verhältnissen, bei der Gegnerschaft der beiden großen Flügelparteien, habe auch die früher in Aussicht genommene Auflösung des Reichstages keinen Sinn mehr. Infolgedessen habe das Kabinett rechtlich erwogen, ob es dem Reichspräsidenten seine Kommandos zur Verfügung stellen soll. Die Ausführung dieses Entschlusses sei verhindert worden dadurch, daß der Reichspräsident den dringenden Wunsch zu erkennen gab, aus innen- und außenpolitischen Rücksichten möge das Kabinett im Amte bleiben. Dilemma Wünsche habe es sich gefügt. Ob die Frage der Fürstenabfindung noch einmal zur parlamentarischen Erledigung kommen werde, hänge ab von der Gestaltung der politischen Lage. Damit war der Gesetzentwurf zurückgezogen.

Mehrere Minuten lang tobte nun ein Orkan durch das Haus, in dem weder der Präsident noch sonst jemand sich zur Geltung bringen konnten. Die aufs tiefste enttäuschten Kommunisten, die geglaubt hatten, aus der Situation möglichst Kapital schlagen zu können, vollführten den größten Lärm, brachten ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett ein und der Abgeordnete Thälmann verlangte das Wort zur Geschäftsordnung. Das Haus war in so erregter Stimmung, daß Thälmann trotz seines sehr starken Organs und trotz aller Versuche nur wenige Sätze sprechen konnte. Im allgemeinen Lärm, der schließlich zu einer Art von Karnevalstimmung im Haus ausartete, ersuchte der Reichstagspräsident den kommunistischen Abgeordneten, den Gegenstand zurückzuziehen, zu dem er das Wort erhalten hatte. Endlich mußte Herr Thälmann im allgemeinen Lärm schweigen.

Nachdem einleitend Ruhe eingetreten war,

kam das Sperrgesetz an die Reihe und ohne weitere Ansprache wurde es in namentlicher Abstimmung mit 333 gegen 17 Nein-Stimmen bei 97 Stimmenthaltungen angenommen. Die Stimmenthaltungen waren ausschließlich die der Deutschnationalen. Damit war auch dieses Kapitel erledigt und der Reichstag widmete sich den übrigen Punkten der Tagesordnung.

Die Situation ist also nun wenigstens soweit geklärt, daß das Sperrgesetz bis zum Ende des Jahres bleibt. Es ist jetzt Sache vor allen Dingen der preussischen Regierung und der Hohenzollern, in der Zeit der Ruhe zu einer Einigung zu gelangen, die für alle Teile befriedigend ist. Geschieht das, dann braucht die sehr heisse Angelegenheit, die das deutsche Volk bis in die tiefsten Tiefen aufgewühlt hat, nicht mehr vor das Forum des Parlamentes zu kommen. In Reichstagsstreifen hofft man allgemein, daß eine solche Lösung gefunden werden müsse.

Den ausführlichen Reichstagsbericht finden unsere Leser auf S. 5.

Der Reichspräsident gegen die Auflösung und Demission.

m. Berlin, 2. Juli. (Zuspruch.) Reichspräsident von Hindenburg hat heute zu Beginn der entscheidenden Plenarsitzung des Reichstages an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ich höre, daß das Kabinett angesichts der zu erwartenden Scheiterung der Gesetzesvorlage über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern, über die Frage der Auflösung des Reichstages und die des Rücktritts der Reichsregierung berät.

Ich möchte Ihnen hierzu meine Auffassung hier kundtun, daß ich mich zu einer Auflösung des Reichstages aus innen- und außenpolitischen Gründen zur Zeit nicht entschließen könnte und daß ich aus demselben Grund auch einen Rücktritt der Reichsregierung für unzulässig erachte. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, wie die anderen Herren der Reichsregierung daher, von dem Gedanken einer Demission Abstand zu nehmen.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich Ihr ergebener

Beschlüsse des Aeltestenrates des Reichstages.

— Berlin, 2. Juli. (Zuspruch.) Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß heute abend noch eine zweite Lesung abzuhalten, um einige von den Ausschüssen heute erledigten kleineren Vorlagen noch zu verabschieden. Auch der Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses über die Strafverfolgung von sechs kommunistischen Abgeordneten soll in dieser Sitzung noch erledigt werden. Ferner ist beabsichtigt, das heute von den Kommunisten eingebrachte Mißtrauensvotum gegen die Regierung in der zweiten Lesung zur Abstimmung zu bringen. Wie wir hören, wird gegen die sofortige dritte Lesung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages von keiner Seite Widerspruch erhoben werden. Heute abend wird der Reichstag dann in die Sommerferien gehen, die bis zum 3. November dauern sollen. Weiter wurde im Aeltestenrat beschlossen, daß die Ausschüsse des Reichstages ihre Arbeiten nicht vor dem 18. Oktober aufnehmen sollen. Schließlich wurde die Regierung noch ersucht, den Reichstag bei den Vorbereitungen für das Reichsehntmal hinzuzuziehen.

Der Fluch der bösen Tat.

W. Sch. Karlsruhe, 2. Juli.

Diese Reichstagsession endet mit einem schrecklichen Mißklang. Nach dem Ausgang des Volksentscheides hat man erwarten dürfen, daß die Parteien des Reichstages in richtiger Wertung des Ergebnisses alle Kräfte daran setzen würden, um eine Ueberbrückung eines Gegenstandes innerhalb unseres Volkes herbeizuführen, der die innenpolitische Lage in so gefährlicher Weise verzerrt, wenn man auch bei ruhiger Ueberlegung die politische Behandlung dieses Problems wie eine lächerliche Politik „als ob“ empfinden kann. In Opferbereitschaft bei den Gruppen, die hinter der Regierungskoalition stehen, hat es nicht gefehlt. Wir dürfen in diesem Zusammenhang an die Entschliegung der volksparteilichen Fraktion im badischen Landtag erinnern, die eine Lösung verlangte, die in vollem Umfange die Verarmung des Volkes und die Finanzlage von Reich und Ländern berücksichtigte. In gleichem Sinne haben wir gleich nach dem Volksentscheid den Wunsch geäußert, daß die Regierungsparteien, um den Sinn einer demokratischen Staatsverfassung zu erfüllen, den Wunsch von fünfzehn Millionen Wählern im Ausmaß des eben möglichen Rechnung tragen möchten. Die Regierungsparteien haben in der Tat denn auch manche Konzeption nach links hin gemacht. Der Artikel 8 des Gesetzes hat beispielsweise eine neue Fassung erhalten, die wirklich bei der Zurückziehung der Prinzipien eines Rechtsstaates die Grenze des Erträglichen eher überschritt als nur berührte. Die Sozialdemokraten haben weiter den entschädigungslosen Fortfall der Kronfideikommissrechte und die Gleichstellung der Renten der besoldeten Richter durchgesetzt. Alles hat nichts genügt. Den Bemühungen der einsichtigen Führer der Sozialdemokratie in der Reichstagsfraktion und in der preussischen Fraktion ist es nicht gelungen, die Radikalen zur Vernunft zu bringen.

Wenn sich die sozialdemokratische Preußenfraktion in ihrer Mehrheit für die Annahme des veränderten Gesetzentwurfes einsetzte, so liegt darin der Beweis, daß die Entscheidung der Reichstagsfraktion nicht von sachlichen, sondern von agitatorischen Rücksichten bestimmt wurde. Die Preußenfraktion hat als Mitglied der Regierungskoalition in einem Lande, für das so ziemlich allein noch die Frage der Fürstenabfindung aktuelle Bedeutung hat, ein direktes sachliches Interesse an der schnellen Erledigung der schwebenden Streitfrage. Die Reichstagsfraktion hat sich bei ihrer Entscheidung nur von den Rücksichten auf die innenpolitische Konkurrenz bestimmen lassen. In der sozialdemokratischen Presse las man nach dem 20. Juni: „Weder bei den Kommunisten noch bei uns hat jemand an die zwanzig Millionen Stimmen geglaubt!“. Die Beteiligung am Volksentscheid war also lediglich ein Wettkampf mit den Kommunisten, und so mußte den Sozialdemokraten aus Propagandagründen eine neue Schwelung schwer fallen, wollten sie nicht offen ausgeben, daß das Wettrennen von ihr aufgegeben wurde. „Die S.V.D.-Führer kühnhandeln weiter“, „auf die Straße gegen den Fürstentraub!“ Diese Schlagzeilen über der „Roten Fahne“ haben ihre Wirkung auf den linken Flügel nicht verfehlt, und die Radikalen haben ihre Nervosität weit über die Mitte der eigenen Fraktion mitzuteilen gewußt. Der Zwang zur vorgezogenen ablehnenden Entscheidung war der Fluch der ersten bösen Tat, die in der Beteiligung am Volksentscheid lag und die nun fortwährend Böses muß gebären. Es sollte den Sozialdemokraten doch auch zu denken geben, daß gleichzeitig mit der Zurückziehung des Abfindungsgesetzes durch die Regierung der deutsch-schwedische Handelsvertrag im Ausschuß mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen wurde. Es könnte leicht so kommen, daß die Sozialdemokraten nach der Niederlage am 20. Juni, nach dem agitatorischen Spiel auch das sachlich-politische Spiel vollkommen verlieren.

Die Vorwürfe, die sich die Sozialdemokraten nicht mit Unrecht von ihren Nachbarparteien machen lassen müssen, dürfen auf der anderen Seite nicht darüber hinweg sehen lassen, daß auch die rechte Flügelpartei nicht frei von Schuld ist. Ein Blatt, das an den meisten politischen Fragen den Standpunkt des deutschnationalen Rechtswings vertritt, die „Niederrheinische Westfälische Zeitung“ schreibt: „Man kann den Deutschnationalen nicht den Vorwurf erproben, daß sie erst, als es schon zu spät erschien, ihre Bereitwilligkeit gezeigt haben, entgegenzukommen. Und auch dann war ihre Bereitwilligkeit nicht genügend. Hätten die Deutschnationalen nach dem Volksentscheid klipp und klar erklärt, daß sie sich auf den Boden des Kompromißgesetzes stellten und dieses in seinen Hauptzielen annehmen, so wäre die Angelegenheit anders verlaufen.“ Bei diesem Stand der Dinge hätten die Regierungsparteien und die Regierung selbst keine Sorge wegen des Ausfalles einer neuen Reichstagswahl zu hegen brauchen. Die Flügelparteien hätten sicher verloren und die Parteien der Mitte würden gestärkt aus dem Wahlkampf zurückgekehrt sein. Trotzdem war die Entscheidung der Regierung richtig, auf die Reichstagsauflösung zu verzichten. Abgesehen von der Unmöglichkeit eines Wahlschlusses gleichzeitig gegen rechts und gegen links wäre es unter dem herrschenden Verhältniswahrsrecht natürlich nicht zu erwarten gewesen, daß die Regierungsparteien die zur Verabschiedung des Abfindungsgesetzes notwendige parlamentarische Zweidrittelmehrheit im Wahlkampf gewonnen hätten. Dem Gedanken des Reichskabinetts, zurückzutreten, ist die ruhige, besonnene Auffassung des Reichspräsidenten entgegen getreten, der mit seiner Haltung immer wieder beweist, daß er die übergeordneten und wahren Interessen der Nation besser im Auge behält als das Parlament und die in den Streit der Parteien mit hineingezogene Regierung. Der Reichspräsident war es, der die außenpolitischen Notwendigkeiten betonte, die die Kontinuität der Regierung mindestens bis zum Abschluß der Dezemberberatung des Völkerbundes fordert. Hoffentlich benutzten die Parteien die Pause der Ferien, um Einkehr zu halten und sich wieder etwas von einer Politik „als ob“ zu einer Politik der wahren Interessen der Nation zurückzufinden.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

F.H. Paris, 2. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichters.) Am 30. Juni ging das dreimonatliche Handelsvertragsprovisorium zwischen Deutschland und Frankreich zu Ende. Ueber ein neues Teilabkommen wurde bekanntlich in der letzten Woche verhandelt. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Wenn der Reichstag in seiner heutigen Sitzung das Ermächtigungsgesetz annehmen würde, dann wäre es der deutschen Handelsvertragsabordnung in Paris möglich, über dieses Provisorium weiter zu verhandeln und es auch zum Abschluß zu bringen, weil es nicht an die vorherige Annahme durch den Reichstag gebunden wäre. Ein neues Provisorium, an dessen Zustandekommen man übrigens bei den deutschen Abordnungen wie auch im französischen Handelsministerium glaubt, würde französischerseits die Gesamtheit der französischen landwirtschaftlichen Produkte und einige Kategorien industrieller Produkte umfassen, während bekanntlich das bisherige Provisorium sich nur auf die französischen Früchtemüße bezogen hatte. Die Haupt Schwierigkeit für den Abschluß des Provisoriums liegt nicht nur in dem Mangel des Ermächtigungsgesetzes, dem aber wahrscheinlich in diesem Augenblick bereits abgeholfen sein wird, sondern auch in der Frage der Einfuhr gewöhnlicher französischer Weine nach Deutschland. Doch glaubt man bei beiden Abordnungen, daß dieses Hindernis nicht unüberwindlich wäre und daß die Verhandlungen zu einem Abschluß geführt werden könnten. Auf französischer Seite behauptet man, daß dieses Provisorium ein Entgegenkommen für Deutschland bedeute, weil Frankreich die Einfuhr seiner sämtlichen landwirtschaftlichen Produkte nach Deutschland zulasse und andererseits einer großen Anzahl industrieller Produkte Deutschlands den Eintritt nach Frankreich gestatte. Würde das Ermächtigungsgesetz heute im Reichstag angenommen, dann würden die beiden Delegationen ihre Arbeit fortsetzen. Sollte das Ermächtigungsgesetz wider Erwarten wegen Zeitmangels nicht angenommen worden sein, dann wären die bisherigen Verhandlungen über das Provisorium vollkommen vergeblich gewesen. Behauptet wird, daß die Einfuhr aus Deutschland nach Frankreich und umgekehrt beiden Ländern sehr zu gute komme und daß das Provisorium den beiderseitigen Interessen durchaus entsprechen würde. Welche industriellen Produkte aus Deutschland nach Frankreich zugelassen werden, steht einstweilen noch nicht fest. Hierüber werden die Verhandlungen morgen fortgesetzt werden.

Wenn auch keine offiziellen Besprechungen zwischen den Schwerindustriellen Deutschlands und Frankreichs jetzt geführt werden, dauern doch die privaten Unterhandlungen an, ohne daß sich sagen ließe, wie weit sie bisher geblieben und ob sie Aussicht für den Abschluß eines Abkommens gewähren.

Der deutsch-schwedische Handelsvertrag im Handelsauschuß angenommen.

II. Berlin, 2. Juli. Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde das Gesetz zur Aenderung der Zollsätze und der deutsch-schwedische Handelsvertrag schließlich in der Gesamtsitzung gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Bölkischen angenommen.

Zur Frage der Getreideeinfuhr wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung des Kontingents abgelehnt, nachdem ein Regierungsvertreter eine Einfuhrmenge von 10 000 Tonnen zugelegt hatte.

Es wurde schließlich ohne wesentliche Debatte der Gesetzentwurf über die Werbestimmung der Einfuhrschleife für eine Übergangszeit angenommen.

Regierung und Reichsbahndirektion.

O Berlin, 2. Juli. In der Kabinettsitzung am nächsten Montag soll die Entsendung über die Befähigung des Generaldirektors Dormmüller fallen. Außer dem bisher noch nicht bestellten Generaldirektor und dem stellvertretenden Direktor fehlt noch bei drei Direktoren der Reichsbahn die Befähigung der Reichsregierung.

Diese Nichtbefähigung der Direktoren hängt aber nicht mit den jetzigen Personaländerungen zusammen, sondern die Vorschläge zur Befähigung sind bereits vor drei Monaten an den damaligen Reichsfinanzler Dr. Lütjehausen gelangt, ohne daß die Befähigung in denselben vorgenommen worden ist. Es handelt sich dabei um den Direktor der Personalabteilung und endlich um den Direktor der Einkaufsabteilung. Der bisherige Direktor der Personalabteilung, Weirauch, ist inzwischen zum stellvertretenden Generaldirektor gewählt worden.

Wie Tschekow den „Kirchgarten“ schrieb.

Nach Stanislawskys Erinnerungen.

Demnächst erscheint in russischer und englischer Sprache das Tagebuch des weitberühmten Leiters des Moskauer Künstlertheaters Stanislawski, das überaus interessante Erinnerungen an die Entwicklung des Künstlertheaters sowie an verschiedene bedeutende Persönlichkeiten des russischen Schrifttums enthält. Besonders hervorzuheben sind die Mitteilungen, die sich auf Stanislawskys Zusammenarbeiten mit Tschekow beziehen.

Kurz vor seinem frühzeitigen Tode (im Sommer 1904 in Badenweiler) errang Tschekow einen großen Erfolg durch die Aufführung seines letzten Dramas, „Der Kirchgarten“, in dem er den Verfall der adeligen Gutsbesitzerklasse und den allmählichen Aufstieg einer gesunden, von einfachen Bauern abstammenden Kaufmannsgeneration in den ihm eigenen zart-melancholischen und doch humorvollen Farben schilderte. Die Idee des Stücks wuchs ihm unter dem Einfluß verschiedener rein äußerlicher Eindrücke. Die drastisch-humoristischen Erzählungen eines Schauspielers gaben Tschekow die Typen zweier verschiedener Figuren für das neue Stück: einen alten Diener, der sich etwas Geld zusammengeparnt hat, einen verschuldeten Aristokraten, dem jetzt nur eine Leidenschaft übrig geblieben ist — Billard zu spielen. Bald schwabte der Phantasie des Dichters das Fenster eines herrschaftlichen Hauses vor, durch das die blühenden Aeste der Kirchgärten ins Zimmer hineinreichten. Dann ließ er in dieses Haus eine verarmte ältere Dame kommen, die den alten Diener immer wieder anpumpt, während der Aristokrat, der jetzt ihr Bruder geworden ist, den ganzen Tag Billard spielt und sich von dem Diener verwöhnen läßt. Das waren die ersten Umrisse der Personen des „Kirchgartens“. Den Sommer 1902 verbrachte Tschekow mit seiner Frau, der bekannten Schauspielerin des Moskauer Künstlertheaters Olga Knipper, auf dem Gute Stanislawskys Lubino w o l a. Da lernte er auf einem benachbarten Gute eine englische Gouvernante kennen — ein kleines mageres Geschöpf mit langen Zöpfen und in Herrenkleidung. Tschekow trieb mit der Engländerin die tollsten Scherze. Er erzählte ihr, er wäre in seiner Jugend ein türkischer Pascha gewesen, hätte einen Harem gehabt und möchte bald in seine Heimat mit ihr als Liebungsrau zurückkehren. Die Engländerin sprang dann wie ein Affe auf seine Schultern, nahm ihm den Hut ab, und begrüßte alle Vorübergehenden in gebrochenem Russisch, wobei sie Tschekows Kopf zum Grins bewegte. Aus dieser Engländerin schuf der Dichter die köstliche Figur der Gouvernante Charlotte. Auf dem Gute lernte Tschekow noch einen Angestellten der Verwaltung kennen, dem er zuredete, er solle sich weiter ausbilden und die Hochschule besuchen. Der gute Mann fing aber damit an, sich eine tote Kravatte zu kaufen und französischen Unterricht zu nehmen. Er diente als Vorbild des Eptchodow, einer der lebensvollsten Figuren des Stücks.

Der Franken stürzt weiter.

Die unsichere politische Situation.

F.H. Paris, 2. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichters.) Der Franken stürzte heute seinen Fall fort. Das Pfund Sterling erreichte 181,5, der Dollar nahezu 88 Franken. Es verlautet, daß der Finanzminister alle ihm zur Verfügung stehenden Devisen benutzen werde, um dem Fall des Franken Einhalt zu tun. Erfolg scheint er damit nicht gehabt zu haben, denn die Baisse der französischen Devisen ist vor allem auf die vollkommen unsichere politische Situation zurückzuführen. Niemand weiß, ob das Kabinett den nächsten Dienstag überleben wird. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Schwierigkeit, einen neuen Finanzminister zu finden, möglicherweise die Kammer im letzten Augenblick veranlassen könnte, das Kabinett Briand-Caillaux nicht zu stürzen. Aber selbstverständlich wären alle Voraussetzungen hierüber verflüchtigt und vergeblich, und alles wird im Grunde genommen von der Haltung abhängen, die Tardeu einzuwerfen wird. Uebrigens wird am Dienstag oder spätestens Donnerstag die Situation auch insofern eine Klärung erfahren, als die äußerste Rechte, die „Union republicaine democratique“, sich diesmal nicht wie letzten Dienstag der Abstimmung enthalten, sondern für oder gegen das Kabinett stimmen will und von dieser Abstimmung wird das Schicksal der jetzigen Regierung zum größten Teil abhängen. Nicht übersehen soll man übrigens, daß zwar ein großer Teil der Kammer durchaus bereit scheint, Tardeu zu folgen, daß aber auch vielfach Bedenken laut werden, ihm die Macht zu übertragen.

F.H. Paris, 2. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichters.) Nach der Börse dauerte heute die Abwärtsbewegung des Franken fort. Dieses Ereignis rief in der Kammer, die bis heute nacht zuammensitzte, einen merkwürdigen Umschwung hervor. Während man heute nachmittag noch die gegenwärtige Regierung verloren geben mußte, machten sich im Laufe des Abends viele Stimmen hörbar, daß man die Regierung nicht stürzen solle, wenn man nicht ein Aufschließen des Pfund Sterlings bis zu 250 Franken herbeiführen wolle.

Caillaux und das Finanzkomitee.

F.H. Paris, 2. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichters.) Das Finanzreformkomitee, welches noch von Veret eingeseht worden war, beendet heute seine Beratungen und überlieferte dem Finanzminister seinen Bericht. Es verlautet, daß dieser Bericht in den meisten Punkten die Zustimmung Caillaux gefunden habe, daß er aber in den Vorlagen, die er Dienstag der Kammer unterbreiten wird, in einigen Punkten von den Anträgen der Sachverständigen abweichen werde. Soviel ist aus dem Bericht bereits bekannt, daß die Stabilisierung des Franken als erste Notwendigkeit beantragt wird und daß die Ratifikation des Washingtoner Schuldenabkommens verlangt wird.

Französische Kundgebung gegen Amerika.

F.H. Paris, 2. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichters.) In ganz Paris wurden heute von den einflussigen Kriegsteilnehmern Plakate angehängt, worin zu einer großen Kundgebung gegen Amerika für 11. Juli aufgefordert wird. In dem Aufzug heißt es, daß Deutschland nach dem Dawesplan Frankreich nur siebenzig Millionen Goldmark behalte, während Frankreich an Amerika siebenundzwanzig zahlen solle. Die Demonstration soll den Zweck haben, auf das amerikanische Volk einen solchen Eindruck zu machen, daß dieses seine Forderungen gegenüber Frankreich herabmindere. Die Kundgebung gegen Amerika soll übrigens nicht nur in Paris, sondern in allen französischen Städten stattfinden.

Die völkische Eigenheit der Elässer.

F.H. Paris, 2. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichters.) Der elässische Heimatbund veröffentlicht eine lange Erklärung, die von den Doktors Kildin und Koppj gezeichnet ist und worin es als eine freude Verleumdung hingestellt wird, den Heimatbund zu beschuldigen, daß er mit deutschem Gelde unterstützt sei. Die Forderung nach Autonomie für Elsäz-Bohrgen im Leben Frankreichs sei durchaus berechtigt. Die Elässer fordern den Respekt vor ihrer völkischen Eigenheit, ihrer Sprache und ihrer Lebensformen. Das sei nicht anti-national.

Im Herbst 1903 war das Drama fertig, hatte aber noch keinen Titel, da Tschekow nichts Passendes finden konnte. Eines Abends rief er Stanislawski an, lud ihn zum Tee ein, unterhielt sich sehr lange über alles mögliche und plagierte endlich heraus: „Ich habe einen wunderbaren Titel für das Stück gefunden!“ „Was für einen?“ „Der Kirchgarten“, sagte Tschekow und brach in ein allseitiges Lachen aus. Er wiederholte den Titel unzählige Mal in der persischsten Betonung. Durch kann merkwürdige Stimmungen deutete er, wie er erklärte, den Unterschied zwischen zwei Kirchgärten an: der eine ist ein geschäftliches Unternehmen, das gute Einkünfte bringt, der andere aber verfallend ist in seiner weißen Wüste die sterbende Poesie der alten Adelszeit. Seine Bemerkungen bei den Proben klangen wie Rätsel — man mußte sich jedesmal die größte Mühe geben, ihren Sinn zu erraten: er sah so bescheiden in einer Ecke, daß niemand in ihm den Verfasser vermutete. Er gestattete auch die nötigen Kürzungen. Stanislawski erwähnte dabei, daß ein anderer Autor auf den Vorschlag, einen überflüssigen Monolog zu streichen, bittend anrief: „Streichen Sie, verzeihen Sie aber nicht, daß Sie die Verantwortung von der Geschichte tragen.“ Die Erstaufführung des „Kirchgartens“ (am 17. Januar 1904) war mit feinsten realistischen Ausmalung ingenieur, — daher die vielen naturalistischen Effekte mit Licht, Vogelgesang, Hundgebell usw. Stanislawski verstand die Anspielung Tschekows, als dieser einmal in seiner Gegenwart sagte: „Ich werde demnächst ein Stück schreiben, das mit folgenden Worten anfangen wird: Es ist so schön, so ruhig. Man hört weder Vogel noch Hund, noch den Andock, keine Uhr tickt, kein Glöckchen läutet und keine Grille zirpt!“ Nur einige Monate nach dem Triumph des „Kirchgartens“ starb Tschekow am 12. Juli 1904 in der Villa Friberte in Badenweiler. Seine letzten Worte sprach er auf Deutsch — er sagte dem Arzte Dr. Schröter: — „Ich sterbe.“

Walzer und Marsch.

In der Festhalle.

Diesjenseits-Musik, ohne gedankliche Tiefgänge, brachte dieser letzte vollständige Abend unseres Landesballet-Orchesters unter der Leitung von Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner. Wir nehmen Franz Schubert mit seinem populärsten Orchesterwerk, der Ouvertüre zu „Rosamunde“, vorweg. Er ist hier im Gegenfah zu den Werken der nachfolgenden der vergehltere, der verklärtere. Sein Vorbild zu seiner leicht und dramatisch verunglückten Oper schlägt immer wieder ein. Das große, tänzerische Hauptthema und der passende Schluß zeigen den gottbegnadeten Musikanten.

Realer geben sich die folgenden Schöpfungen; da steht zunächst Beethoven mit sechs „Deutschen Tänzen“, und bringt Volkstümlichkeit im besten Sinne des Wortes; Musik, wie er sie wohl in den Gassen Wiens und aus frohen Volksfesten herausklingen hörte. Auch Anton Dvorak bringt mit seinen drei „Slawischen Tänzen“ solche Musik mit hafter nationaler Färbung in leicht beweglichen feurigen Rhythmus, der auch bestimmend wirkt auf die Melodie.

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in England abgelehnt.

London, 2. Juli. (Funknachricht.) Das Unterhaus hat heute den Arbeiterpartei Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes mit 295 gegen 95 Stimmen abgelehnt.

Die Durchführung des Eisenbahnergesetzes.

v. D. London, 2. Juli. (Drahtmeldung unseres Berichters.) Die Eisenbahnen kündigen heute an, daß sie teilweise in dieser Woche, teilweise in der nächsten wieder ihren vollen Betrieb einrichten werden, wie vor dem Streik, da genügend Kohlen jetzt von dem Auslande eingeführt werden. Es wird darauf hingewiesen, daß zwar die Einfuhr an Kohlen lange nicht genüge und daß deshalb noch stark gepart werden müsse, aber wenigstens der Eisenbahnverkehr kann nun in vollem Umfange wieder aufgenommen werden, was bisher bekanntlich nicht der Fall war und zwar nicht nur bei dem Passagierverkehr, sondern auch bei dem Frachtverkehr.

Baldwin über die Beilegung des Bergarbeiterstreiks.

II. London, 2. Juli. Nach der gestrigen Unterhausabstimmung über das neue Arbeitsgesetz des Bergbaues ergriff noch einmal Baldwin das Wort zu einem Appell an Grubenbesitzer und Bergarbeiter, sich auf der Grundlage der Vorschläge der neutralen Kohlenkommission endgültig zu einigen. Die Regierung ihrerseits werde in kürzester Zeit die Vorschläge der Kohlenkommission über die Reorganisation der Produktion und Arbeitsbedingungen im Bergbau verwirklichen. Die Arbeiterpartei sollte im Interesse der Gesamtheit ihren Einfluß auf die Bergarbeitergewerkschaften geltend machen.

Eine neue englische Protestnote in Moskau.

II. Moskau, 2. Juli. Der Konflikt zwischen England und Rußland entwickelt sich immer weiter. Der letzte Aufruf des Generalkonsuls in Rußland wegen Einführung des Neumundentages in England hat die englische Regierung dazu veranlaßt, eine Note an die Sowjetregierung zu richten, in der Protest gegen die Einführung Rußlands in die inneren Angelegenheiten Englands erhoben wird. Es verlautet, daß, als der englische Gesandtschaftsträger in Moskau gestern die Note überreichen wollte und sich im Auswärtigen Amt anmeldete, Tischlerin einer Begegnung mit ihm auswich und die Note durch einen Beamten des Auswärtigen Amtes in Empfang nehmen ließ.

Der Attentatsplan auf König Alfons.

Madrid, 2. Juli. (Funknachricht.) Die Nachrichten über das in Paris vorbereitete Attentat auf das spanische Königspaar wurden hier erst heute bekannt. Die Regierung Primo de Rivera hat der französischen Regierung ihren Dank für die zur Vereitelung des Attentats ergriffenen energischen Maßnahmen ausgesprochen. de Rivera wird in der für Montag einberufenen Generalsammlung der Union Patriotica eine Rede halten, der weittragende Bedeutung beigemessen wird, weil der Diktator dabei die nächsten Ziele seiner Regierung erörtern will.

Dierzig Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

Königsberg, 2. Juli. In verschiedenen Ortschaften in der Nähe von Saalfeld sind Familien an Fleischvergiftung erkrankt. Etwa 40 Personen liegen darnieder. Betroffen sind Arbeiterfamilien, die von einem hauseigenen Fleischer von Saalfelds Fleisch gekauft haben. Todesfälle sind bisher nicht eingetreten.

Tages-Anzeiger.

(Wäckerle siehe im Interentell.)

Samstag, den 3. Juli.

Vandereheiter: Der Bant als Millionär. 7½—10¼ Uhr. Karlsruher Männerchor: Frühliche Stunden für Knaben und Mädchen auf dem Waldhügel. 8 Uhr. Wiener Hoftheater: Gesellschaft und Kabarettvorstellung. 8 Uhr. Theater: Berliner Volksbühne: Sommerabend auf dem Sportplatz. 8 Uhr. Badische Reichstagskämpfe im Pöhlhalden. 8 Uhr. Verein für Bewannenspiele: Kinderfest mit Volksbelustigung auf dem Sportplatz. 8 Uhr. Internationaler Arbeiter-Verband: Grotes Künsterfest im „Grünen Baum“. 9 Uhr. Café Grüner Baum: Tanz-See. 4 Uhr. Abends 8 Uhr: Gesellschaftsabend. Nebenplatz: Friererius Rex. Union-Theater: Bauerreiner Potemkin.

Die Gegenüberstellung der Werte läßt die Gemüts- und Temperamentsbeschaffenheit der Nationen ungefahr ersichtlich werden. Gegenüber dem beweglichen Zweiviertelakt der Slaven mit ihrer Liebe zur Synkope, stehen die markigen, festen Rhythmen des Marzches völlig unkompliziert. Sie sind frohlich, gesund, männlich, Sektor Bertioz beherrschter Radocz. Marsch in seiner glänzenden Instrumentation, der prachtvolle (als Zugabe gezielte) Nocturne-Marsch und die beiden Militär-Marsche von Richard Strauß hatten durchschlagende Wirkung, dank der schneidigen und frischen Wiedergabe.

Zwischen dem Zweiviertel- und Bierviertelakt stand als Vermittler der Dreiviertelakt. Der Oesterreicher, speziell der Wiener, ist sein idealer Vertreter. Die verbindliche, lebenswürdige Art, die Lebensenergie dieser Rhythmen ließ der „Kaiserwalzer“ von Johann Strauß erkennen. Das ist ein Beispiel für das Wesen, und nicht nur für die musikalisch-gesellschaftliche Form. Es ist ein Fuß- und Herzwalzer zugleich. Und die Sehnsucht nach Lebensfreude läßt heraus mit der Leichtigkeit des Sinnes und der Fröhlichkeit des Herzens. Während der Liebesfrist klingt uns wieder die Einseitigkeit nach: Ein festlicher, heiterer Bild in den Ballsaal, klingen uns noch die einzelnen Walzerteile in ihrer schwingvollen Sinnlichkeit, ihrem überströmenden Glanz genialer Melodie.

Wir halten bei diesem Strauß-Walzer und rühmen seine großartige Wiedergabe unter Ferdinand Wagner. Sein Rhythmus hat den eleganten Schwung des Wienerturns und verleiht sich auf verborgene Dynamik und Agogik, auf die Geschmeidigkeit der Linien und auf köstlich zögernde, leicht kokette Übergänge. Anser Orchester konnte hier seine oft gerühmte und bewunderte Schönheit des Klanges entfalten.

Nach der Ouvertüre zur Operette „Die schöne Galathee“ von Franz von Suppé stand der instrumentell sehr farbig aufgeputzte „Norwegische Künstlerkarneval“ von Johann Sonden und als erfolgreiche Erstaufführung der Walzer „Du mein schönes Badenland“ von Robert Röh. Dieser Komponist, ein langjähriger Mitglied unseres Landesballet-Orchesters, schrieb einen Stimmungsschema gemäß lose aneinander gereihten, gewandt und lebenswürdig gerundet. Den Eingang bildet eine in der Trompete liegende liebliche Melodie, deren leicht ins Sentimentale gebogener Ausdruck den ganzen Walzer beherrscht.

Der Walzer von Robert Röh ist ein wenig schmachtend mit liebesweichten Augen, dabei verbindlich und sanftmütig. Der von den Violinen in wohlige Wärme gehüllte erste Walzer ist melodisch der hübscheste Einfall. Bemerkenswert ist die Leichtigkeit und Durchsichtigkeit des Orchesterklanges. Robert Röh wurde herzlich gefeiert.

Infolge des schwachen Besuches der vorderen Saalfälfte hatten Werke mit starker Klangentfaltung mitunter an leichten Verschönerungen zu leiden. Dieser Vorbehalt möchte aber den prächtigen Gesamtindruck nicht schmälern. Die Musikfreudigkeit und der unwiderstehliche Schwung Ferdinand Wagners und seines Orchesters brachte viel Stimmung in den Saal. Nach dem Schlußmarsch war der Beifall langanhaltend.

Triberger Brief.

Der Hundertjahrtag des großen Stadtbrandes 1826.

Das Weltengeschehen vollzieht sich nicht auf einer Ebene. Höhen und Tiefen wechseln in ewiger Folge der Dinge, von denen schon der alte Philosoph zu künden wußte: alles ist im Fliehen. Ueber Weltenberge, durch Wellentäler führt der Schicksale Bild, denen der Mensch als winziges Lebewesen folgen muß.

In keinem Teil unseres Planeten scheint dieses Gesetz ausgeschaltet. Die Grundlinie kehrt, selbst wenn man eine Abweichung erkennen zu können glaubt, immer wieder, nur das Ausmaß ihrer Erscheinung unterliegt der Schwankung.

Auch in der Geschichte des alten Schwarzwaldortes Triberg geht die Linie der Ereignisse auf und ab. Schwere Zeiten wechseln mit besseren, gute Herren werden durch weniger gute abgelöst. Elementarkräfte treten hier, treten dort als unentrinnbare Faktoren auf Jahre freundlicher Entwicklung erleiden durch Kriegsnot eine bittere Ätur, Fleiß der Bürger wird heute Objekt für machthungrige oder geldbedürftige Herren, morgen wieder wertvolles Gut für verständnisvolle Vögte.

Was in diesen Tagen zu Anfang Juli in erster Linie interessiert und bewegt, das ist der große Stadtbrand in dem Jahre 1826, der das ganze damalige Städtchen, abgesehen von einigen wenigen außerhalb des Weichbildes liegenden Häusern, binnen kürzester Frist zerstörte. Es war der größte Brand, der den Ort heimgesucht hat, nachdem schon in früheren Jahren mehrfach des Feuers Gewalt in das stille Tal eingefallen war. Außer einer Feuersbrunst werden noch hauptsächlich die Jahre 1516, 1627, 1642 und 1694 als Jahre des Unglücks durch Feuer erwähnt. In dem letzten wurde auch das damalige Vogthaus, das danach wieder erstand und später Sitz des Bezirksamtes wurde, ein Opfer der Flammen, die heute vor hundert Jahren auch die Stadtkirche als Tribut forderten.

Der Brand kam nach 9 Uhr in dem damals in der Ruhbacher Vorstadt liegenden alten Adlerwirtschhaus aus und wurde angefangen der Windströmungen dem Städtchen, von dem es damals schon heißt, daß es „wegen seiner wildromantischen Lage und seines schönen Wasserfalls von Fremden häufig besucht“ wurde, zum Verderben. Die Mehrzahl der Bewohner war damals gerade nach der eine viertel Stunde oberhalb der Stadt liegenden Wallfahrtskirche gepilgert, während in der Stadt gerade der gewöhnliche Wochenmarkt begonnen hatte. Alle Bemühungen, das Feuer noch im Entstehen zu ersticken, erwiesen sich als nutzlos: die gebirgsübliche Dachbedeckung der Schindel und der Wind wurden zum Verhängnis. Neben dem Adlerwirtschhaus hatte bereits ein weiteres Haus Feuer gefangen, als durch ein Umgehen des Windes von Südwest in die entgegengesetzte Richtung auch die Gebäude oberhalb und am Marktplatz durch Flugfeuer gefährdet und ergriffen wurden. Der Umstand einer Trockenheit begünstigte auf den Schindeldächern die Verbreitung des Feuers.

Der Gedanke, durch Niederreißen von Häusern eine Bresche in die Front der eilenden Glut zu legen, erwies sich als undurchführbar, weil die Mehrzahl der Bewohner in einem begreiflichen Bestreben der Rettung ihrer Habeiligkeiten wüthete. Auch ließ der fortgesetzte in der Richtung wechselnde Wind ein solches Vorhaben aussichtslos erscheinen. Die verschiedenen Luftströmungen trieben die Flammen bald hierhin, bald dorthin im Tal, so daß es einem feuergefüllten Kessel gleich, wenn man den Schilderungen der Zeitgenossen folgen darf.

Die Verwirrung steigerte sich, als unter einer auf eine Wiese gestülpten Bewohner plötzlich der Ruf ertönte, daß in einem nicht fernen Gartenhaus eines Handelsmannes Puldervorräte lagerten. Kaum daß man sich in Sicherheit gebracht hatte, erfolgte die Explosion, durch die an dem eine viertel Stunde entfernten Pfarrhause die Scheiben sprangen. Unter den letzten Gebäudeopfern befand sich die schöne Filialstadtkirche, deren Kuppel ebenfalls mit Schindeln gedeckt war. Schwer bedroht waren auch das Amtshaus und das neu erbaute Kranken- und Armenhaus, das mit allen Mühen gerettet werden konnte. In einer kurzen Stunde waren nicht weniger als 90 Gebäude ein Raub der Flammen geworden.

Siebenhundert Menschen standen am Grab ihres Heims und ihrer Habe. Das Echo des Unglücks griff weit über die engeren Grenzen des Tales hinaus und fand seinen Widerhall im ganzen Badener Land und in der württembergischen Nachbarstadt. Wie es heute noch ist, war es damals. Wenn je in einer Stadt, einem Dorf des Schwarzwaldes des Schicksals Tüde den Brand über die Dächer jagte, so empfand man im ganzen Gebirge, im ganzen Land das als eigenes Unglück, das ein wichtiges Glied im Leben der Gesamtgemeinschaft betroffen hatte. Von allen Seiten regte sich die Hilfe. Zunächst wurde den Obdachlosen ein Unterkommen in Ruhbach, Schonach und Schönwald geboten. Naturalien, Wäsche, Gerätschaften folgten in reichen Mengen. Staatliche Hilfe folgte der privaten auf dem Fuß. Unter Aufstellung eines ganz neuen Bebauungsplanes wurden die Arbeiten begonnen. Es mußte fortan alles aus Stein gebaut werden und die Schindeln wurden als Dachbelag verbannt. Bereits vier Wochen nach dem Brand waren die Baupläne fertig und schon zwei Monate nach dem Unglück begann der Wiederaufbau. Das heutige Stadtbild mit seinen offenen, breiten Straßenzügen, dem geräumigen Marktplatz, dem im Weinbrennerstil erbauten Rathaus hatte damals seine Geburtsstunde.

Ereignisse von so tief einschneidender Bedeutung werden durch Gedenktage in der Regel festgehalten. Damals wurde in dem Jahre nach dem Brand am ersten Julisonntag eine Gedächtnisfeier abgehalten. Anlässlich des Hundertjahrtages dieses Ereignisses nimmt die Stadtverwaltung Triberg Veranlassung, jenes Unglückstages erneut zu gedenken, nachdem inzwischen Weltgeschehen vorübergebraut sind, die auch einen Stadtbrand unter heutigen Begriffen nur als ein kleineres Ereignis erscheinen lassen mögen. Der Jahrestag wird am 4. Juli durch Gedächtnisgottesdienste in beiden Bekenntnissen begangen, woran sich vormittags 11 Uhr auf dem Marktplatz eine Gedächtnisrede des Bürgermeisters Keil schließt, um die Vorträge eines aus diesem Anlaß besonders gebildeten Volkshörs, indem die vereinigten Kirchendörfer, die vereinigten Männerhörs der Schulen zusammengefaßt sind, sowie der Stadtmusik sich gruppieren.

Der Gedenktag aus Tribergs schwerer Zeit wird aus den Erinnerungen vergangener Generationen heraus in die Vorstellungen der jetzt Lebenden hinübergeleitet, denen aus den Trümmern der alten Stadt ein neuzeitliches Bild in Straßen und Bauten erstanden ist. Eine gesunde freie Bauweise, ein Straßennetz, das Forderungen heutiger Zeit entspricht, ein freundliches Bild inmitten der „Irg Berge“ war der Phönix, der aus der Asche des Unglücks vor hundert Jahren stieg. W. R.

Die Unwetterkatastrophe in der Saar.

— Dauchingen bei Billingen, 2. Juli. Die Schwere der Schäden durch das Unwetter anfangs voriger Woche läßt sich jetzt erst in ihrer ganzen Auswirkung erkennen. Die gesamte gut stehende Winterfrucht, Weizen und Spelz, ist bis zu einem geringen Bruchteil vernichtet, das Sommergetreide ist ebenfalls schwer mitgenommen. Start vom Hagelschlag betroffen wurde der südöstliche Teil der Gemarkung Weilersbach. Der Schaden beträgt hier meistens 100 Prozent. Die Futtergewächse wurden ebenfalls stark mitgenommen, nicht minder die Obst- und Beerenanlagen. Die niedergegangenen Wassermassen haben vielfach die obere beste Bodenschicht weggespült. Es werden Jahre vergehen, ehe diese Humusschicht wieder gebildet sein wird.

Das Hochwasser am Bodensee.

Bei dem gegenwärtigen prächtigen Sommerwetter ist der Wasserstand des Bodensees in ständigem Rückgang, so daß die meisten der noch vor wenigen Tagen überschwemmten Stellen bereits trocken liegen. Es ist zu erwarten, daß der See stand in kürzester Zeit wieder die normale Sommerhöhe hat. Der Verkehr auf dem See und auf den Uferstraßen wurde durch den hohen Wasserstand nicht beeinträchtigt.

Deutscher Fleischerverbandstag in Heidelberg.

In den Tagen vom 29. Juni bis 1. Juli fand in Heidelberg der 46. Verbandstag des Deutschen Fleischerverbandes statt. Die Tagung wurde am Dienstag eingeleitet mit verschiedenen Sitzungen der Nebenorganisationen des Verbandes, so u. a. der Fleischerberufsgenossenschaft, der Pensions- und Witwenkasse, der Innungstrantentassen des Fleischergewerbes und der Süddeutschen Handelsgesellschaft u. G.

Am Mittwoch vormittag eröffnete der Verbandsvorsitzende Lamerck die Hauptversammlung mit Begrüßungsworten an die zahlreich erschienenen, besonders an die Vertreter der Behörden. Das erste Referat hielt Verbandsgondikus Giesen-Berlin über „Zoll- und Handelsverträge“. Direktor Wohlrabe von der Dresdener Handelsbank referierte hierauf über Kreditfragen des Fleischergewerbes. Es folgte dann die Behandlung der einzelnen Anträge, u. a. zum Arbeitsgerichtsgesetz. Verlangt wurde ferner Aufhebung der Notverordnung und Zurücknahme des Preisabbaugesetzes, Gesetzbänderung betr. Schließung der Geschäfte wegen Unzuverlässigkeit. Die Anträge wurden zu Entschlüssen zusammengefaßt und einstimmig angenommen.

Die zu den Zoll- und Handelsverträgen angekommene Entschlüsse lautet:

„Der 46. Deutsche Fleischerverbandstag ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die derzeitige Wirtschaftslage und damit die Kaufkraft weiter Bevölkerungskreise so gedrückt ist, daß weitere Zollserhöhungen eine neue untragbare Erschwerung der Ernährungsfrage zuzunehmen herbeiführen müssen. Der Verbandstag protestiert deshalb nicht nur gegen die Einführung der autonomen Zollsätze, sondern lehnt auch die im schwedischen Handelsverträge vorgesehenen Zollsätze für Vieh, Fleisch und Futtermittel ab. Er beauftragt den Verbandsvorstand, mit allen Kräften und Mitteln darauf hinzuwirken, daß die bisherigen ermäßigten Zölle auf Grund § 6 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 auf ein weiteres Jahr in Kraft bleiben.“

*

— Unterzumbach bei Bruchsal, 2. Juli. (Unfall.) Beim Kirchturmbrechen stürzte der Bahnarbeiter Biedermann vom Baum und erlitt schwere innere Verletzungen.

— Wiesloch, 2. Juli. (80. Geburtstag.) Ein hochverdienter Bürger der Stadt feierte heute seinen 80. Geburtstag: Gemeindevater Schropp, Ehrenbürger von Wiesloch. Er hat mehrfach, so oft der Bürgermeisterposten unbesetzt war, als stellvertretender Bürgermeister fungiert. Der Jubilar erfreut sich noch guter Gesundheit.

— Wiesloch, 2. Juli. (Bürgerauschuh.) Der Bürgerauschuh bewilligte in der heutigen Sitzung den Verkauf von Bauplänen zur Erstellung von zwei Doppelwohnhäusern und 2 Einzelwohnhäusern. Ferner wurde beschlossen, für die Realschule und das Rathaus, die nur durch einen schmalen Gang voneinander getrennt sind, eine gemeinschaftliche Zentralheizung einzurichten, deren Kosten 15 000 Mark betragen.

— Heidelberg, 2. Juli. (Bau der Schwefinger Straßenbahn.) Die Heidelberger Straßenbahn hat die Verhandlungen mit den Grundstückeigentümern in Eppelheim und Pfanzelt für den Bau der Straßenbahnlinie nach Schwefingen eingeleitet.

— Heidelberg, 2. Juli. (Fremde Gäste in Heidelberg.) Hier trafen heute vormittag etwa 150 Mitglieder des German-Club of Chicago ein. Der Club, der etwa 500 Mitglieder zählt, gehört zu einer der angesehensten deutsch-amerikanischen Vereinigungen in den Vereinigten Staaten und hat sich besonders um die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Grundeigentums verdient gemacht.

— Mosbach (Baden), 2. Juli. (Krankenhausarztsstelle.) An Stelle des am 1. Juli ausgeschiedenen Med. Rats Dr. Wippermann-Mosbach wurde Dr. med. Rauti-Medard durch einstimmigen Beschluß des Bezirkshospitalrats Mosbach die Stelle des Anstaltsarztes am Bezirkskrankenhaus Mosbach übertragen.

— Büden, 2. Juli. (Beerdigung des Geistlichen Rats Gehn.) Im benachbarten Waldstetten ist der Dean des Kapitels Waldbühl, Geistlicher Rat Gehn, im Alter von 74 Jahren gestorben. Ueber 40 Geistliche hatten an der Beerdigung teilgenommen.

— Mastatz, 2. Juli. (Spartatage.) Vom 1. Mai bis 30. Juni wurden auf der hiesigen Spartatage 143 neue Spartakonten errichtet, die mit 92 000 M die Gesamteinlage auf 1 275 000 M erhöhen.

— Kehl, 2. Juli. (Die Hanauer Herbstwoche.) In der letzten Sitzung des Verkehrsvereins kam u. a. auch das Programm der für den Oktober d. Js. vorgesehenen Hanauer Herbstwoche zur Sprache. Im Mittelpunkt der Veranstaltung wird die landwirtschaftliche Ausstellung und die Obstbauausstellung stehen. Die Hanauer Herbstwoche wird am 2. Oktober eröffnet werden. Am 3. Oktober wird im Rahmen der Woche der Gartenbau-Landesdelegiertentag abgehalten. Verbunden ist mit der Ausstellung ein Spinnfest am 9. Oktober, eine Geflügel- und Kleintier-, sowie Hundeausstellung, eine Kindviehprämierung usw. Ein landwirtschaftlicher Vortrag, ein weiterer Vortrag über „Kehl im dreißigjährigen Krieg“, leichtathletische und turnerische Veranstaltungen, ein Fußballländerspiel und ein Kunstfest werden zur weiteren vielseitigen Ausgestaltung der Woche beitragen. Die Herbstwoche soll mit einer Lotterie, die auf landwirtschaftliche Interessen zugeschnitten sein wird, verbunden werden. Preise sind im Wert von 3-4000 Mark vorgesehen.

— (Reinischhofheim Amt Kehl), 2. Juli. (Veteranenverein.) Im Anschluß an eine kürzliche Notiz dürfte es von allgemeinem Interesse sein zu erfahren, daß der hiesige Veteranenverein erfreulicherweise noch 14 Aktivveteranen in seinen Reihen aufzählen hat. Das älteste Mitglied ist Kamerad Karl Grampp, Schuhmachermeister, der am 21. Juli 1838 geboren wurde; er trat am 18. September 1859 in die 2. Eskadron des 1. badischen Leibdragoonen-Regiments ein. Der Veteranenverein wird den 88. Geburtstag seines Mitveteranen in würdiger Weise begehen.

— Auenheim (Amt Kehl), 2. Juli. (Merkwürdige Folge des Erdbebens.) Ein hiesiger Einwohner hat einen Pumpbrunnen, der die unangenehme Eigenschaft hat, sofort das Wasser fallen zu lassen. Nach dem Erdbeben vor einigen Monaten ist auffallenderweise das Wasser geblieben und nun nach dem letzten Erdbeben zeigt sich wieder die gleiche Erscheinung.

— Scherzheim (Amt Kehl), 2. Juli. (Der letzte Veteran gestorben.) Gestern nachmittag entschlief der letzte der hiesigen Veteranen von 1866 und 1870/71, Jakob Hüßler, der die Kriege bei den Badischen Leibgrenadieren mitmachte. Hüßler zählte zu den 12 ältesten Grenadieren.

Vahr, 2. Juli. (Bürgerauschuh.) Der Bürgerauschuh genehmigte zunächst die Verwendung der Anleihen während des Rechnungsjahres 1925 im Gesamtbetrag von 60 000 RM., die durch Bewilligung von Baudarlehen reiflos der Förderung des Wohnungsbaues zugeführt wurden. Weiter nahm das Kollegium zustimmende Kenntnis von der Verwendung von 216 000 RM., die ursprünglich als Wirtschaftsanleihen für laufende Rechnung aufgenommen wurden und u. a. mit 16 000 RM. für verschiedene Grundstücksverwertungen, mit 64 000 RM. für Baudarlehen und mit 58 000 RM. für Uebernahme der Ruhegehalts- und Hinterbliebenen-Versicherung der städtischen Beamten durch die Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte in Karlsruhe dienen. Ein Darlehensantrag über 66 000 RM., einschließlich dieser 58 000 RM., mit dieser Kasse fand ebenfalls die einstimmige Zustimmung des Ausschusses. Die Beratung des Voranschlags für 1926/1927 ging nach den auffällenden Ausführungen des Oberbürgermeisters ziemlich glatt von statten. Für den Bau einer Stadthalle wollte ein Stadtratsmitglied einen Betrag in den Voranschlag unter Hinweis auf verschiedene Nachbarkäufte eingeleitet sehen. Doch mußte der Vorsitzende diesen Wunsch als vorläufig unerfüllbar erklären mit Rücksicht auf die allgemeine Lage. Bei Position 13, Schulen, erntete die Stadt lebhaften Dank vom Stadtverordneten Stadtschulrat Sauer (Dem.) für ihre Fürsorge, besonders für die Neu-Übernahme der Kosten für die Jahrsbehandlung der Schulkinder mit 2500 RM. Der Redner machte zugleich aufmerksam auf den in etwa drei Jahren sich bemerkbar machenden Raumangel für die Volksschüler, worüber eine Eingabe seiner Partei an den Stadtrat sich näher ausspricht. Nachdem noch Stadtratsmitglied Laub (Soz.) als Obmann des Stadtverordnetenvorstandes die unveränderte Annahme des Voranschlags empfohlen hatte, trotzdem eine Umlageerhöhung in der jetzigen Zeit recht schmerzhaft sei, gab der Bürgerauschuh mit allen gegen die drei kommunistischen Stimmen und bei Stimmenthaltung dem Stadtratsmitglied Maier (Dem.) seine Einwilligung, die Umlagen von 60 auf 80 Pfg. von 100 RM. Steuerwert des Grund- und Gewerbesteuerkapitals aus den Steuerwerten des Jahres 1925 zu erhöhen.

— (Nagh (Elstal), 2. Juli. Der Kriegerverein begeht am 18. Juli sein 50. Stiftungsfest, verbunden mit Fahnweihe und Kameradentag. Gleichzeitig findet der Gauabgeordnetentag des Elstalgaues hier statt.

— Kappel a. Rh., 2. Juli. Das Volksschauspiel gibt mit seinem diesjährigen Jubiläumstuck „Der Trompeter von Säckingen“ am 8. Juli, mittags von 2-5 Uhr die letzte Schillerfeier; bei schlechtem Wetter wird die Vorstellung auf 13. Juli verschoben.

— Entenhein (Amt Schopfheim), 2. Juli. (Ertrunken.) Der früher hier ansehnliche Naturheilkundige und Schuhmacher Reinhold Walke ist am Mittwoch bei Rheinfelden als Viehe gelandet worden. Ob Walke beim Baden ertrunken ist oder freiwillig den Tod gesucht hat, steht nicht genau fest.

— Ueberlingen, 2. Juli. (Die Autolinie Tuttlingen—Stodach—Ueberlingen.) Auf Einladung von Landrat Leininger fand hier eine Besprechung zwischen Vertretern der beteiligten Gemeinden statt, deren Gegenstand das Projekt einer Autolinie Tuttlingen—Stodach—Ueberlingen bildete. Die dazu erforderlichen Straßenverbesserungen würden einen Aufwand von 72 000 M erfordern, die zu je einem Drittel vom Staat, Kreis und den interessierten Gemeinden getragen werden müßten. Während die Vertreter der meisten in Betracht kommenden Gemeinden ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Unterstützung des Planes bekundeten, verhielt sich Ueberlingen ablehnend. Das Projekt soll noch einmal im Gemeinderat in Ueberlingen zur Sprache kommen, ehe weitere Schritte in der Angelegenheit getan würden.

Aus den Nachbarländern.

— Neustadt a. d. S., 2. Juli. (Gnadengefuch.) Der zweite Vorsitzende des Weinbauvereins der Pfalz hat an den Reichspräsidenten ein Gnadengefuch gerichtet für die verurteilten Mosjelewinzer, in dem darauf hingewiesen wird, daß das Gericht, der Generalstaatsanwalt und die Verteidigung in letzterer Einmütigkeit mächtigsten Protesten und Mitempfinden für die Angeklagten empfanden, die in der Verurteilung sich zu der Tat in Verknüpfung hätten hinreihen lassen. Die Pfälzer Winzerschaft, vertreten durch den Weinbauverein für die Rheinpfalz, bitten den Reichspräsidenten alsbald, die Befreiung der Mosjelewinzer zu bewirken.

— Frankental, 2. Juli. (Wein Spiel am Wasser ertrunken.) Beim Spielen am Kanalfelsen fiel das 5 Jahre alte Kind des Heizers Th. Mannertz in den Kanal und ertrank.

OPEL Viersitzer 265 Mark monatliche Abzahlung Innerhalb Jahresfrist / Anzahlung 1000 Mark inkl. Versicherung gegen Feuer, Diebstahl, Haftpflicht und Zusammenstoße

Knorr Kikeriki Eier-Maccaroni Eier-Nudeln



sind ungefärbt und verdanken ihr schönes Aussehen lediglich dem hohen Eigehalt, der hygienisch einwandfreien Herstellung und den ausgesucht guten Rohstoffen. Eine preiswerte, gesunde Kost von besonders hohem Nährwert u. Wohlgeschmack!

Zum Kochen der Kikeriki-Eier-Maccaroni braucht man reichlich Wasser. Man rechnet auf 1/2 kg 4 Liter. Dann erst quellen sie richtig auf u. ihre Vorzüge kommen zur vollen Geltung.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 3. Juli 1926.

Udet fliegt.

Der bekannte Kunstflieger und frühere Kampfflieger Oberleutnant Udet, der Sieger in 60 Luftkämpfen, der heute und morgen hier in Karlsruhe Schauläge veranstaltet, ist gestern Abend 1/2 Uhr von Würzburg kommend, mit seinem roten „Fleming“ hier gelandet. Zum Empfang hatten sich die Vertreter der Bad. Luftverkehrsgesellschaft und die Vertreter der Presse eingefunden. Herr Krauß, der Leiter der Luftverkehrsgesellschaft, hieß den berühmten Flieger, der bekanntlich auch im Auslande große Erfolge erzielt hat, herzlich willkommen. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß es auch den Karlsruhern vergönnt ist, Herrn Udet einmal in seiner hervorragenden Kunst bewundern zu können. Es ist allerdings nicht das erste Mal, daß Udet ein Flugzeug über Karlsruhe steuert. Während des Weltkrieges war er schon einmal hier, allerdings unter anderen Umständen. Damals handelte es sich um die Verfolgung eines feindlichen Fliegergeschwaders, das über Karlsruhe seine Bomben abwarf. Da Udet in jener Zeit ein französisches Flugzeug benützte, wurde ihm in Karlsruhe von der Fliegerabwehr ein warmer Empfang bereitet mit Schrapnell, deren Kugeln um sein Flugzeug zischten.

Heute kam Udet in friedlicher Mission. Er will zeigen, wie weit man es bringen kann in der Beherrschung der Luft. Die schönsten Beweise gab er sofort durch eine Reihe von Kunstflügen, an deren Spitze auch die Vertreter der Presse als Passagiere teilnahmen durften. Es ist geradezu fabelhaft, was Udet, der Schrittmacher des deutschen Flugsports, leistet. Mit kurzem Anlauf steigt er seinen kleinen Doppeldecker in steiler Kurve in die Höhe. In tollem Wirbel überschlägt er sich in sog. Looppings, läßt sein Flugzeug seitlich über die Tragflächen abdrucken, läßt es plötzlich durch die Luft jagen, um es kurz vor dem Erdboden wieder aufzufangen und in rasender Geschwindigkeit in die Höhe zu reißen. Ganz wunderbar sind seine Geistesflüge. In 800—1000 Metern stellt er den Motor vollständig ab, segelt wie ein Vogel fast bewegungslos in der Luft, schlägt sogar dazwischen noch Salto und gleitet dann in eleganten Spiralen ohne den Motor wieder anzustellen, genau auf die Stelle des Landungsplatzes, von der er aufgestiegen ist. Mit solcher Ruhe, Sicherheit und Selbstverständlichkeit Udet diese Manöver ausführt, kann man bestenfalls ermaßen, der selbst einen solchen Flug mitmachte. Selbst die Salto, die von unten gesehen, direkt atemberaubend sind, machen sich in keiner Weise dem Passagier unangenehm bemerkbar. Die Kollegen der anderen Jagdflieger waren jedenfalls höchst erstaunt, als der stellvertretende Sportredakteur der „Badischen Presse“, der als erster von den Pressevertretern die Looppings mitmachte, nach dem Flug so reich und so hoch dem kleinen Karsten entließ. Zu bemerken ist übrigens, daß die Maschine, die Udet zu seinen Kunstflügen benützt, keine Spezialmaschine ist, sondern eine Serienmaschine, wie sie von den Udetwerken für den allgemeinen Gebrauch hergestellt werden. — Wenn das Weiter einigermaßen günstig bleibt, dürften die Schauläge heute und morgen ein zahlreiches Publikum nach dem Karlsruher Lufthafen locken.

Das Feuerwehr-Ehrenkreuz. Der Badische Feuerwehrausschuß hat in seiner Sitzung vom Dezember 1925 beschlossen, ein Feuerwehraehrenkreuz mit einer Anerkennungsurkunde zur Einführung zu bringen. Die endgültigen Bestimmungen lauten: Das Feuerwehraehrenkreuz wird seitens des Badischen Landesfeuerwehverbandes an Mitglieder der Feuerwehren des Landesverbandes verliehen, welche eine 50jährige ununterbrochene vorwurfsfreie Dienstzeit haben und welche im Besitze des staatlichen Dienstehrenzeichens für 40jährige Dienstzeit sind, ferner an Mitglieder von Feuerwehren, welche sich bei der Feuerwehr hervorragend verdient gemacht haben. Ausnahmsweise kann es auch an Personen verliehen werden, welche nicht der Feuerwehr selbst angehören, jedoch auf dem Gebiet des Feuerlöschwesens sich besonders verdient gemacht haben. Die Übertragung der Auszeichnungen hat vor versammelter Mannschaft in feierlicher Weise am 11. August (Verfassungstag) oder sonstigen wichtigen Anlässen durch den Kreisvorsitzenden zu erfolgen. Nach dem Tode des Inhabers bleibt das Ehrenkreuz im Besitze der Familie. Die Anträge auf Verleihung müssen auf den 1. April an den Kreisvorsitzenden eingereicht werden. Die Weiterleitung an das Präsidium muß bis zum 1. Mai erfolgt sein. Sichtig ist der 1. Juni, die 50jährige Dienstzeit muß also jeweils am 1. Juni des Jahres, in welchem die Verleihung erfolgen soll, bereits beendet sein. Als ununterbrochene Dienstzeitunterbrechung kann in Anrechnung kommen: Eine im Heeres- oder Kriegsdienst verbrachte Zeit, ferner die Zeit während welcher ein Bewerber durch Unfall oder Krankheit am Feuerwehrdienst verhindert war; die Zeit eines Aufenthaltes an Orten ohne freiwillige Feuerwehr. Die Nachweise über die Dienstzeiten bei verschiedenen Feuerwehren und über Unterbrechungen sind seitens der Kreisvorsitzenden zu prüfen und im Zweifelsfalle dem Präsidium einzulegen.

Für telephonische Auskunft durch Angestellte keine Kastpflicht. Das Reichsgericht hat in einem Urteil vom 5. Juni die Haftung einer Bank für eine telephonische Auskunft als unbegründet abgewiesen. Der Senat hält an der Auffassung fest, daß ein den Kernsprecher eines kaufmännischen Geschäftes bedienender Angestellter nicht als bevollmächtigt gilt, bindende Erklärungen für die Firma abzugeben, sofern solche nicht in seinen Vollmachtstext fallen, daß aus ihnen also auch nicht die Kastpflicht des Geschäftsherrn gefolgert werden könne, sondern daß der betr. Angestellte lediglich befugt sei, telephonische Mitteilungen von Dritten für das Geschäft in Empfang zu nehmen.

RDV. Ins Rheinland Ausweis mitnehmen! Wie aus dem Rheinland mitgeteilt wird, treffen in letzter Zeit, insbesondere aus dem Berliner, wie auch dem Hamburger Bezirk, des öfteren Reisende ein, denen unterwegs gesagt worden ist, zum Besuch des gesamten Rheinlandes sei heute ein Ausweis nicht mehr erforderlich. Zu ihrem Leidwesen müssen diese Reisenden dann im Rheinland erfahren, daß sie ohne Paß oder Ausweis nur bis Remagen, also bis zur Grenze der zweiten Zone fahren können. Wenn auch dem Besuch unseres schönen Rheinlandes keinerlei Schwierigkeiten mehr im Wege stehen, so ist es doch dringend zu empfehlen, einen von der zuständigen Ortsbehörde ausgestellten Personalausweis zum Besuch des noch bestehenden Rheinlandes mitzunehmen. Derartige mit Lichtbild versehene Ausweise werden deutschen Staatsangehörigen von den Polizeibüros kostenlos sofort ausgestellt.

Betrüger mit Sterilisationsmittel. In letzter Zeit trieb sich in Württemberg und Baden eine Person umher, die das Sterilisationsmittel „Thermosan“ selbst. Das Mittel besteht aus einem Glasröhrchen, in welchem sich das Thermoosan befindet und einer feinen Spritze mit Glasnähpfen. Das Mittel enthält 12—15 Prozent Menthylalkohol, ist somit giftig und darf zur Haltbarmachung von Nahrungsmitteln nicht verwendet werden; auch werden die damit konservierten Früchte usw. ungenießbar. Das Landespolizeiamt Karlsruhe warnt vor Ankauf dieses Mittels und ersucht, um das Publikum vor Schaden und Gesundheitsstörungen zu wahren, bei Aufkaufen des Reisenden, die Polizei oder Gendarmerei zu verständigen.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe. Todesfälle. 1. Juli: Auguste Schmidt, Krankenschwester, 66 Jahre alt. — 2. Juli: Friedrich Höfer, Privatmann, Chemann, 103 Jahre alt.

Der Karlsruher Stadtpark als Erholungsstätte.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben:

„Es war einmal...“ so liest man in den Märchen! Aber es soll Tatsache sein, daß es in früheren Zeiten Konzerte im Stadtpark gab, bei welchen nicht ein einziger freier Stuhl mehr aufzutreiben war. Das soll sogar recht oft der Fall gewesen sein! Und heute? Das richtige Bild gab zweifellos das Konzert am vergangenen Dienstag Abend. Alle Vorbereitungen für einen Massenbesuch waren gegeben: genügende Bekanntmachungen und Vorbesprechungen in den Tageszeitungen, herrliches Wetter nach den vielen Regentagen, ein großes historisches Konzert der Harmonie-Kapelle in Stärke von 45 Mann mit einem Programm, dessen sämtliche Stücke von unserem unvergesslichen Altmeyer Weitzge bearbeitet waren. Und wie sah es mit dem Besuche aus? Noch bei Nummer 2 des Programms waren kaum 30 Plätze besetzt und bis zum Schluß waren dann glücklich 866 Personen im Stadtpark anwesend. Außerhalb des Gartens hatte sich ein Vielfaches dieser Zahl an Zuhörern eingefunden, die sich zum Teil Stühle mitgebracht hatten. Es waren dies nicht etwa Neugierige, sondern die treuen Anhänger der früheren Stadtparkkonzerte, welche sich jetzt bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage und den teuren Eintrittspreisen den Besuch eines Stadtparkkonzertes nicht mehr leisten können.

Man muß die Kapellen bewundern, die sich bisher durch den schlechten Besuch nicht bedrücken ließen, obwohl die Verdienstmöglichkeit doch eine lächerlich geringe war. Wenn die Kapelle pro Besucher 20 bzw. 10 Pfennige erhält, kann sich jedermann ausrechnen, was bei einem Besuch von kaum 300 Personen, wie es des öfteren der Fall war, für den einzelnen Mann herauskommt und was in die Kasse der Stadt fließt. Ueber die teuren Eintrittspreise ist schon wiederholt geschrieben worden und es ist jetzt höchste Zeit, daß etwas wirklich Vernünftiges geschieht. Es muß unbedingt dem größeren Publikum Gelegenheit gegeben werden, derartige Konzerte zu einem erschwinglichen Eintrittsgeld zu besuchen. Der Eintrittspreis — Stadtpark und Konzert — darf nicht mehr als 40 Pfennig betragen. Die Masse muß und wird es auch bringen! Man mache doch einmal einen Versuch. Daß das Interesse an diesen Konzerten in keiner Weise erloschen ist, geht doch einwandfrei aus der Besucherzahl der Promenadenkonzerte an den Sonntagvormittagen hervor, die sich bei einem einigermaßen befriedigenden Wetter stets eines Massenbesuches zu erfreuen haben. Nur macht hier die Kommission, welche die Bearbeitung dieser Materie obliegt, einen großen Fehler, indem sie bei diesen Promenadenkonzerten, für welche bekanntlich ein Musikzuschlag nicht erhoben wird, die Kapellen nicht in ihrer vollen Besetzung spielen läßt, sondern nur 24 Mann bezahlt! Dem Schreiber dieser Zeilen ist nicht genau bekannt, wer dieser Kommission angehört und ob die betreffenden Persönlichkeiten von musikalischen Angelegenheiten auch wirklich genügende Kenntnis besitzen, welche weniger doch Grundbedingung sein muß. Wenn man aber solche Dinge hört und von sonstigen Sachen Kenntnis erhält, über die so allerhand gemunkelt wird, da braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich unter der Einwohnerschaft immer mehr die Meinung verbreitet, daß hier etwas Scheinbar nicht ganz stimmt. Wenn die Stadt aus finanziellen Gründen tatsächlich nicht in der Lage ist, bei den Promenadenkonzerten eine vollständige Kapelle zu bezahlen — die Kosten hierfür kommen im Uebrigen bei einem derartigen Massenbesuche ganz bestimmt heraus! — dann soll sie eben nur alle 14 Tage ein derartiges Promenadenkonzert veranstalten, dieses aber dann richtig! Dem Publikum aber, daß sich die teuren Konzerte leider nicht leisten kann, und vor allem den vielen Fremden, welche besonders an Sonntagen unseren Stadtpark zu besuchen pflegen, sollte doch unbedingt eine einwandfreie Müsse geboten werden, wie man sie in einer Stadt wie Karlsruhe anzutreffen

gewohnt ist. Fragt man bei einem derartigen Konzert den Dirigenten, warum das betreffende Stück so dünn klingt, erhält man die Antwort: „Wir spielen nur mit 24 Mann, mehr zählt die Stadt nicht!“ Das ist doch eine Sparmaßnahme am verkehrten Platz und obenrein eine Blamage, die vermieden werden sollte. Ein Glück, daß dieser Kommission nicht ein städtisches Orchester unterstellt ist. Ich könnte mir vorstellen, daß, wenn das Orchester zwei neue Trommelflegel benötigt, nur einer genehmigt wird nach dem Grundsatze: „Es muß auch so gehen!“ —

Am Freitagabend hatte sich gegen Mittag, als sich das Wetter aufhellte, eine sehr zahlreiche Zuhörerschaft zum Promenadenkonzert eingefunden. Das Konzert wurde jedoch in letzter Minute (11 Uhr) abgesetzt! Eine merkwürdige Rücksichtnahme auf das Publikum und die bereits im Garten erschienene Kapelle!

Ein weiterer Fall gibt zu ernstlichen Bedenken Anlaß: Am Sonntagabend veranstaltete man ein Doppelkonzert und hielt es für notwendig, eine auswärtige Kapelle zu engagieren. Wir haben hier doch wirklich gute Kapellen, um die wir von anderen größeren Städten wie Karlsruhe beneidet werden. Es ist bekannt, daß die Stadtverwaltung Karlsruhe bestrebt ist, Versicherungen und Leistungen, welche durch hiesige Bürger vollbracht werden können, nicht nach auswärtig zu vergeben. Diesen guten Gedanken teilt auch die Bürgererschaft. Die wirtschaftliche Bedeutung einer solchen Arbeitsvergebung scheint jedoch nicht überall richtig erfasst worden zu sein, sonst hätte dieser Fall gerade an einem „großen“ Tage wie dem Sonntagabend nicht vorkommen können. Der städtischen Kommission dürfte doch wohl auch bekannt sein, daß die erwerbslosen Berufsmusiker hiesiger Stadt in diesen Konzerten eine Verdienstmöglichkeit finden. Jedenfalls muß es als ein Unrecht angesehen werden, daß die hiesigen Kapellen, die bisher die so schlecht besuchten Stadtparkkonzerte in unverdrossener Treue ausgeführt haben, einfach ausgeschaltet werden. Hiermit soll keinesfalls gelagt sein, daß auswärtige Kapellen nicht gewünscht werden. Hierfür bietet sich an anderen Tagen ja genug Gelegenheit und die Vorfürsorge einer erstenklassigen Konkurrenz wirkt bekanntlich stets günstig und fördernd. —

Nach all dem Gesagten dürfte es sich wohl doch empfehlen, daß einmal nach dem Nechten zu sehen. Hoffentlich geben diese Zeilen hierzu Veranlassung, sonst wird sich Gelegenheit finden, noch etwas deutlicher zu werden.

Aus Arbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Die Zuschrift in der „Badischen Presse“ vom 30. Juni kann ich nur unterlassen. Auch ich bin der Ansicht, daß die Eintrittspreise für den Stadtpark viel zu hoch sind. Auch die Arbeiter würden sehr gern die Konzerte im Stadtpark besuchen, wenn die Eintrittspreise zu erschwingen wären. Man soll doch darauf Rücksicht nehmen, daß die Konzerte nicht allein für die besitzende Klasse veranstaltet werden, sondern für alle, die Interesse an guter Musik haben. Aber auch die Eintrittspreise in den Stadtpark an den Tagen, an denen kein Konzert ist, sind viel zu hoch. Das habe ich erfahren am letzten Mittwoch Abend. Ich hatte Besuch, der abends weiterreisen wollte. Den Leuten wollte ich eine Freude machen durch einen Besuch des Stadtparks. Die Freude verging uns aber, als wir an die Kasse kamen und dort hören mußten, daß der Eintritt pro Kopf 50 Pfennige koste. Da ich schon seit einigen Wochen krank bin und das Geld sehr knapp ist, mußte ich wohl oder übel auf mein Vorhaben, meinen Verwandten den Stadtpark zu zeigen, verzichten. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Meinung entsteht, als ob man den Minderbemittelten den Eintritt in den Stadtpark unmöglich machen wollte. Zu der viel genannten Volksgemeinschaft trägt es auf jeden Fall nicht bei, wenn die Arbeiter den Garten bloß von außen sehen dürfen.

Turnen • Spiel • Sport.

Totalisatorerlaubnis. Dem Rennverein Ahern in Ahern ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei dem am 18. Juli d. J. in Ahern stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Mannheimer Regatta. Bei der am kommenden Samstag und Sonntag stattfindenden Regatta, die zu den größten Siedlungslands zählt, beteiligen sich alle Karlsruher Rudervereine mit Ausnahme des „Ad. Ruderverein“. Der Rheinklub „Mannaria“ startet im Junior- und Rheinregatta, während der „Ruderverein „Salamander“ zum Jungmann- und Ernüchterungsregatta gemeldet hat. Der Karlsruher Ruderverein von 1879 muß seinen gemeldeten Vierer und Achter zurückziehen, da einer seiner Ruderer, Fritz Loep, (Nr. 3) seit der Karlsruher Regatta an Malaria erkrankt ist. Auch die letzten Regatten sind bereits mit Schlagkräften besetzt worden. Lediglich der Stiller Erich Wodder wird im Junioreiner und Rheinregatta an den Start gehen.

Turnverein Hüfingen. Am letzten Juni-Sonntag fand in Walschach das Gaufräuen- und Gaujugendturnen des Bad. Schwarzwalddistriktes statt. Der Turnverein Hüfingen turnte mit der städtischen Teilnehmerzahl 32 in der A-Klasse und errang in schwerer Konkurrenz in dieser Abteilung die höchste Punktzahl. Der Turnwart Johann Fritsch konnte auf den Schultern seiner Turner den Siegertanz in Empfang nehmen. Von 15 Jünglingen errangen 11 Wettturner Diplome und Kränze. Adolf Fehrenbach erreichte mit 97 von 100 erreichbaren Punkten im vollstündigen Jünglingskampf den ersten Preis im Gau. Von den 18 Schülern erkämpften sich im Sechstagerlauf 11 Diplome und teils Eigenwege mit Schleißen. Auch in dieser Klasse gelang es einem Hüfinger, dem Adolf Schmid, die höchste Punktzahl 113 zu erreichen, und damit den ersten Preis im Gau.

gr. Olympia-Schwimmturnen in Köln. Im Anschluß an die Deutschen Kampfsportturnen in Köln führt der Deutsche Schwimmverband vom 13. bis 16. Juli einen 2. Vorbereitungskurs für das Amsterdamer Schwimmolympia durch, der in der Hauptabteilung die deutsche Kunst- und Turnspringkategorie umfaßt. Der Verband hat zweifelsohne aus dem 1. Olympiakurs in München gelernt und diesmal die Zahl der Teilnehmer auf 64 beschränkt. Unter ihnen sind vertreten: Ludw. Poseidon Berlin, Dr. Schramm und M. Riehl, Sr. Mühlstein 99, Frl. Kent, Mrs. Mühlstein, Frl. Mögelin, Frl. Jiemann, Damen Sr. Mühlstein, Frl. Söhnchen, Mrs. S. Bremen, Gieseler Rehbörn, Damen Sr. Bochum, A. Mund und W. Buchmeister, Sport Halberstadt, R. Baumann, Dresdner Sr., Riehl-Schlager und Herber, Sr. Zeig, E. Kuhl, Stern Magdeburg, Frank, Ritar Heidelberg, J. Wiesel, Stern Leipzig, Dr. Rehnitz, Deßau, Frl. Roslowsky und Gehl, Germania Berlin, Ritter und Heiser, Wasserfreunde Jena, Frl. Weimann, Sr. Düsseldorf, Schumm, Treib, Ludwig und Lambek, Sr. Rhemus Köln, Jenz, Schläfer, Wirmann, Sr. Westfalen, Dortmund, Heilmann, Reibel und Schweiger, Sr. Magdeburg 96, Dahlmann und Massen, Sr. Ruhrort, Stort und Degethoff, Schlegelberg, Frl. J. Hanens, Saffert, Stort und Schmidt, Wasserfreunde München-Gladbach, Renski, Stern Leipzig, sowie Frl. Käthe Wäms (Wille Hamburg). In Magdeburg über Leipzig findet sodann im Spätherbst ein dritter Olympia-Vorbereitungskurs statt, der in der Hauptabteilung die mitteldeutsche Schwimmereise dienen soll.

Hertha-BSC. Berlin verliert gegen VfB. Leipzig 3:4. Der deutsche Altmeyer und die deutsche mitteldeutsche Meister VfB. Leipzig waltete zu einem Abendspiel in Berlin und traf dort auf den Berliner Meister und Endspielteilnehmer Hertha-BSC. Die Sach-

sen führten ein ausgezeichnetes Spiel vor und konnten schon bei Halbzeit mit 2:1 die Führung übernehmen. In der zweiten Halbzeit erzielte beide Mannschaften noch je 2 Tore, jedoch Hertha zur allgemeinen Ueberraschung sich mit 3:4 geschlagen bekennen mußte.

Die Europameisterschaften im Fechten. Da die in Budapest ausgetragenen Fechtmeisterschaften nur von Italien, Österreich, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei besucht waren, kann man eigentlich kaum von Europameisterschaften sprechen. Die Entscheidung wurde zu Ende geführt, nachdem die Meisterschaft im Florett durch einen Sieg des Italiener Schiavoni bereits entschieden war. Das Degenfechten fiel ebenfalls an Italien, dessen Vertreter Bertinetti und ihm folgend Anselm, Moricca und Marzi die ersten vier Plätze belegten. Den Abschluß des Turniers bildete die Meisterschaft im Säbelfechten. Diese endete mit dem Ueberrassungsiege von Gomodo. Der Ungar schlug die gesamte Konkurrenz aus dem Felde und holte sich mit 11 Siegen den Europatitel vor seinem Landsmann Peshauer mit 9 Siegen. Die nächsten Plätze belegte Vini-Italien und Raby-Ungarn mit je 8 sowie Moricca-Italien mit 7 Siegen.

Internationale Schwimmwettkämpfe in Leipzig.

Leipzig, 1. Juli. (Dr. Hübner.) Poseidon Leipzig veranstaltete internationale Schwimmwettkämpfe, die durch die Teilnahme der Amerikaner Lauffer und Webb sowie einer ungarischen Mannschaft eine besondere Note erhielten. Die Ungarn wurden in der 3 mal 100 Meter Freistilstaffel von Poseidon Leipzig geschlagen. Die Leipziger brauchten 3:20,2 Min. Das 100 Meter Rückenschwimmen ließ sich der Amerikaner Walter Lauffer nicht nehmen. Er siegte in 1:15,6 Min. Auch die 100 Meter Freistil beendete Lauffer als überlegener Sieger. Der deutsche Meister Heinrich Leipzig endete auf dem zweiten Platz, konnte aber noch den Amerikaner Nussel Webb hinter sich lassen. Die Ungarn reваншиerten sich für ihre Niederlage in der Staffel beim Wasserballspiel, wo sie Poseidon Leipzig nach abwechselungsreichem Spiel 3:1 schlugen.

Die „Amerikariege“ der D. T. auf der Heimreise.

Die „Amerikariege“ der Deutschen Turnerschaft hat mit dem Dampfer „Berlin“ von Newport aus die Heimreise angetreten; sie wird am 11. Juli in Bremen wieder anlanden.

Auch die letzten Vorstellungen der Deutschen haben in den U.S.A. ungemein große Anteilnahme gefunden. Nach dem Empfang beim Präsidenten Coolidge in Washington fuhr die „Amerikariege“ nach Philadelphia, wo sie vom Bürgermeister der Stadt empfangen und mit einer Ansprache geehrt wurde. Bei einem Schauturnen, das im Rahmen der Weltausstellung im Stadion der Stadt Philadelphia stattfand, fanden die Vorstellungen der Deutschen am Red, Warren und Pferd den lebhaftesten Beifall der großen Zuschauermassen. Hier beteiligten sich auch einige amerikanische und schweizerische Vereine.

Zu einer erhebenden Abschiedsfeier kam es im Brooklyner Labor-Apparat. Die Veranstaltung war wieder glänzend besucht und gestaltete sich wiederholt zu kühnsten Sympathieausdrücken für die Deutschen. Der 1. Vorsitzende der D. T. Dr. Berger dankte nochmals für die Gastfreundschaft und herzliche Aufnahme, die die „Amerikariege“ in den U.S.A. gefunden hat und die alle Erwartungen bei weitem übertroffen hat.

Schloss-Hotel Karlsruhe
Jeweils Sonntag Abend Künstler-Konzert
Soupers à Mk. 4.50

Baggenauer Kohlenherde • Gasherde • Komb. Herde

das führende, bewährte Fabrikat empfiehlt Jos. Meß, Erbprinzenstr. 29, Telel. 1222 / Gegründet 1857 / Fachgemäßes Aufstellen / Verkauf zu Gaswerksbedingungen

Deutscher Reichstag.

III. Berlin, 2. Juli. Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Marx, Dr. Stresemann, Dr. Brügel und die anderen Mitglieder des Kabinetts. Alle Tribünen sind überfüllt. Das Haus ist außerordentlich stark besetzt. Die Fraktionen sind fast vollständig vertreten.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung unter allgemeiner Spannung um 3.30 Uhr. Er kündigt, um allen vorliegenden Arbeitsstoff bewältigen zu können, eine Abendigung, eventuell auch noch eine Samstag-Sitzung an. Auf der Tagesordnung steht die Dritte Beratung der Fürstenabfindungsvorlage.

Zunächst findet eine allgemeine Aussprache statt, in der als Erster Abgeordneter Wels (Soz.) eine Erklärung abgibt. Er weist darauf hin, daß die sozialistische Fraktion auf das eifrigste bestrebt gewesen sei, in der Fürstenabfindungsfrage eine Lösung zu finden, die dem allgemeinen Empfinden und der Notlage des deutschen Volkes Rechnung trage. Eine solche ungeheure Empörung sei infolge des unerhörten Verhaltens der Fürsten durch das Volk gegangen. Das durch den verlorenen Krieg und die Revolution neugeschaffene Recht sei in Prozessen der Fürsten, insbesondere der Hohenzollern, gegen das deutsche Volk durch eine vorrevolutionäre Rechtsprechung beseitigt worden. Der Redner erinnert dann an den Volksentscheid. „Der Reichspräsident wurde in den Streit hineingezogen und nahm gegen Millionen deutscher Staatsbürger Stellung. Trotzdem haben 14 1/2 Millionen deutscher Wähler sich beim Volksentscheid zu einer Gefügung bekannt, wie sie auch in Deutsch-Oesterreich im Jahre 1919 mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der christlich-sozialen Bruderpartei des Zentrums gegen die Habsburger beschlossen wurde. Ein unerhörter Terror habe Millionen von Staatsbürgern die Beteiligung am Volksentscheid unmöglich gemacht. Der Redner fordert Schutz der politischen Rechte des Volkes. Die Versprechungen der Regierungsparteien vor dem Volksentscheid sind nicht gehalten worden. Sie haben unter dem Druck ihres rechten Flügel fast allen Besserungsanträgen der Sozialdemokraten ihre Zustimmung verweigert. Sie haben es insbesondere abgelehnt, die Auseinandersetzung unmittelbar durch Gesetz zu regeln, die Entscheidung vielmehr einem Gericht übertragen. Sie haben abgelehnt, die Richter des Sondergerichtes durch den Reichstag wählen zu lassen und dem Gesetz rückwirkende Kraft zu geben. Sie haben abgelehnt bei der Trennung von Fürsten- und Staatseigentum dem Volke günstigerer Grenzen festzusetzen und haben es abgelehnt, Aufwertung des Fürstenerbvermögens bis zu 1450 Prozent unbedingt auszusprechen. (Hört, Hört, links.)

Aus diesen Gründen lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Zustimmung zu dem Gesetze ab.

Das Scheitern der Vorlage entbindet die Regierung und die Regierungsparteien nicht von ihren feierlichen Zusagen. Eine andere Lösung ist notwendig, die nach dem völligen Vergehen dieses Reichstages nur von einem neuen Reichstag geschaffen werden kann. (Lebhafte Beifall der Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

fordert daher die sofortige Verlängerung des Sperrgesetzes und die Auflösung des Reichstages,

damit das Volk entscheiden kann und damit der durch die geplanten Zollerhöhungen herbeigeführte neue Angriff auf die Lebenshaltung des schwer leidenden Volkes zurückgeschlagen werden kann. (Lebhafte Beifall der Sozialdemokraten.)

Abg. Graf von Westarp (Dnl.) wird von den Kommunisten mit den Rufen: „Fürstentum!“ empfangen. Zwei Zwischenrufer werden zur Ordnung gerufen. Der Redner stellt dann fest, daß in den meisten Ländern die Auseinandersetzung mit den Fürsten auf dem Wege der privatrechtlichen Regelung befriedigend gelöst worden ist. (Lachen und Widerspruch links.) „Wenn der Abgeordnete Wels behauptete, das unerhörte Verhalten der Fürstenhändler habe die Regelung erschwert, so ist das eine Unwahrhaftigkeit! (Großer Lärm und stürmische Protestrufe bei den Sozialdemokraten.) In Preußen war die Lage besonders schwierig. Trotzdem kam es zu einem Vergleich infolge des weitgehenden Entgegenkommens des Hohenzollernhauses (stürmisches Gelächter links und Rufe: Rüberbande!). Der preussische Vergleich hat die einstimmige Zustimmung des preussischen Staatsministeriums gefunden, auch der sozialdemokratischen Minister Brauns und Seegering (hört rechts). All der häßliche Streit der letzten Monate hätte vermieden werden können, wenn die preussische Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zu den Worten der preussischen Regierung gestanden hätten. Die demokratische Partei hat durch ihr Verlangen nach einer reichsgesetzlichen Regelung in die organische Entwicklung führend eingegriffen und den Anlaß zu all der Seize und Aufspaltung des Volkes gegeben (Zustimmung rechts, Widerspruch links, empörte Gekrüppel bei den Demokraten). Dadurch ist das Ansehen Deutschlands im Auslande schwer geschädigt worden (Lärm links). Nachdem der Stein ins Rollen gebracht war, haben wir uns nicht der Notwendigkeit verschlossen, einen befriedigenden Ausweg zu finden. Unter Zurückstellung schwerer grundsätzlicher Bedenken haben wir positiv an einer Lösung mitgearbeitet. Maßgebend war einzig für uns, daß die staatsbürgerlichen Grundrechte der Weimarer Verfassung nicht verletzt werden dürfen. Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir einseitig die Interessen der Fürsten vertreten haben. (Zuruf links: „Fürstentum!“) Wir sind allerdings der Meinung, daß den Rechten der Fürsten und ihrer fiskalischen Stellung Rechnung

getragen werden müsse (Zuruf des Abg. Neubauer (Komm.): „Was bekommen Sie an Provision dafür?“ Stürmische Entrüstungsrufe rechts. Reichstagspräsident Loebe weist den Zuruf zurück). Der Redner erklärt, daß

seine Fraktion gestern und heute nochmals dem Reichskanzler und den Regierungsparteien ihre Mitarbeit angeboten habe.

Die Regierungsparteien hätten den Sozialdemokraten ein Entgegenkommen nach dem anderen bewilligt. Nach Ablehnung ihrer Anträge werde seine Fraktion das Abfindungsgesetz geschlossen ablehnen, ebenso das Sperrgesetz. Die preussische Regierung habe es dann in der Hand, mit dem früheren Königshaus zu einem Vergleich zu kommen. Die Bereitwilligkeit des Königshauses für weitere Verhandlungen sei vorhanden. Der Redner wirft der Sozialdemokratie vor, daß es hier nicht um Recht und Gerechtigkeit und um die Not des Volkes gehe, sondern nur darum, dem Volke den monarchistischen Gedanken, der trotz allem fest verwurzelt sei, zu rauben. (Großer Lärm links.) Durch die Ereignisse der letzten Wochen würden wir in der Auffassung bestärkt, daß nur ohne und nur gegen die Sozialdemokratie in Deutschland regiert werden kann. (Lebhafte Beifall rechts.)

Dann nahm Reichskanzler Dr. Marx

das Wort zu einer Erklärung in der Fürstenabfindungsfrage. Er führte aus:

„Da nach den Darlegungen der beiden Vorredner namens der Flügelparteien feststeht, daß die beiden genannten Parteien das Gesetz in der Schlussabstimmung ablehnen werden, habe ich namens der Reichsregierung folgende Erklärung abzugeben: Die Reichsregierung legt auf die Weiterberatung des Gesetzes keinen Wert mehr und zieht den Gesetzentwurf zurück.“

Die Regierung sieht sich zu ihrem lebhaftesten Bedauern der Tatsache gegenüber, daß der Reichstag bisher nicht imstande gewesen ist, die außerordentlich wichtige und das Volk in allen seinen Teilen anregende Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstengeschlechtern zu lösen. Sie erwartete auf das Bestimmteste, daß der vorliegende Entwurf aus den in ihm liegenden gewichtigen und sachlichen Gründen doch schließlich mit Zweidrittel-Mehrheit Gesetz werden würde, falls diese Erwartung infolge des Verhaltens nur einer der Flügelparteien sich nicht erfüllt hätte, hätte das Kabinett einstimmig beschlossen, vom Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu erbitten. Nachdem aber beide Flügelparteien gegen die Annahme des Gesetzentwurfes gestimmt haben,

kann eine Auflösung des Reichstages keine Klärung mehr bringen.

Das Kabinett hat die Frage der Demission eingehend erörtert und war zu dem Entschluß gekommen, dem Herrn Reichspräsidenten die Demission zur Verfügung zu stellen. Von diesem Entschluß hat die Reichsregierung mit Rücksicht auf den ihr zugegangenen dringenden Wunsch des Herrn Reichspräsidenten Abstand genommen, der aus innen- und außenpolitischen Gründen einen Rücktritt der Reichsregierung für unzulässig erachtet.

Die Reichsregierung kann ihrerseits die Initiative zur Regelung dieser Frage im Wege der ordentlichen Gesetzgebung nur dann wieder ergreifen, wenn die politische Lage die parlamentarischen Voraussetzungen dafür schafft.“

Der Präsident stellt fest, daß durch die Zurückziehung der Vorlage die Weiterberatung erledigt sei.

Ohne Aussprache wird hierauf die Vorlage auf Verlängerung des Sperrgesetzes zur Fürstenabfindung bis zum 31. Dezember 1926 in dritter Beratung mit 333 gegen 17 Stimmen bei 97 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen angenommen. Dagegen stimmen nur die Volkslisten.

Die Novelle zum Reichsmietengesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es enthält u. a. die Bestimmung, daß für bauliche Veränderungen, die nach dem 1. Juli 1926 mit Zustimmung der Mehrheit der beteiligten Mieter vorgenommen sind und den Gebrauchswert erhöhen, aber nicht Instandsetzungsarbeiten sind, vom Vermieter die zur Verzinsung und Tilgung des dazu erforderlichen Kapitals nötigen Beiträge auf die Miete umgelegt werden können. Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Schreiber (Ztr.) begründet dann einen von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Volkslisten eingebrachten Antrag, der die Auswertung eines angemessenen Betrages zur Förderung der beschleunigten Reichsuniversität fordert. Staatssekretär Schulz teilt mit, daß die Reichsregierung sich mit den Ländern in Verbindung gesetzt habe, um den notleidenden Künstlern zu helfen.

Abg. Dr. Heuß (Dnm.) gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung die Kunststoffe zum Anlaß der Einleitung einer umfassenden Kunstpolitik nehmen werde.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abg. Aufhäuser (Soz.) berichtet dann über Anträge zu Gunsten der Erwerbslosen, vor allem der älteren Angestellten. In Ent-

schließungen wird die Regierung ersucht, Höchstzahlen für Lehrlingshaltung im Handelsgewerbe festzusetzen, die erwerbslosen Angestellten vor dem Verlust der Versicherungsmöglichkeit zu schützen, das Kündigungsrecht der älteren Angestellten zu verbessern und die Mißstände auf dem Gebiete der Schiffsanzeigen zu beseitigen. Weiter soll geprüft werden, ob eine Anmeldepflicht der freien Stellen den Arbeitgebern auferlegt werden kann und ob sie zur Einstellung einer gewissen Zahl älterer Angestellter verpflichtet werden können.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, die Regierung sei zu allen Maßnahmen bereit, die die Notlage der älteren Angestellten lindern können, aber die Ueberspannung dieser Maßnahmen könne leicht in das Gegenteil umschlagen. — Die Anträge des Ausschusses werden angenommen, ebenso ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Kündigungsfrist für ältere Angestellte. Ohne Rücksicht auf das Alter soll bei fünfjähriger Dienstzeit vier Monate, bei längerer Dienstzeit fünf und sechs Monate betragen. Ein Antrag der Regierungsparteien, die Novelle zum Gesetz über die Einstellung des Personalrabais bis 31. Dezember zu verlängern, wird nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Abg. Dr. West (Völk.) begründet dann einen Antrag, wonach über die Zurückweisung eines Volksentscheides nicht die Regierung, sondern nur der Staatsgerichtshof entscheiden soll. Das sei notwendig angesichts der Versuche der Regierung, das Volksbegehren über die Aufwertung zu verhindern. — Der Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen. — Ein weiterer bühlicher Antrag, wonach der Staatsgerichtshof auch über die Beschwerden von Einzelpersonen, die behaupten, durch die Tätigkeit einer Behörde in ihrem Recht unter Verletzung der Verfassung beschädigt zu sein, entscheiden soll, wird entsprechend einem Antrag des Rechtsausschusses abgelehnt. — Abgelehnt wird auch ein Zusatzantrag, wonach das Verbot oder die Auflösung einer Versammlung und Verweisung von Streitverfahren angefochten werden kann.

Ohne Aussprache werden endgültig angenommen der Gesetzentwurf über die vorläufige Anwendung von Wirtschaftsaufkommen und der Gesetzentwurf über die Aufhebung des Schutzpolizeigesetzes. Entsprechend dem Antrag des Geschäftsbordnugsausschusses wird weiter beschlossen, die Genehmigung zur Verhaftung von sechs kommunistischen Abgeordneten nicht zu erteilen. Annahme fand auch eine Entschließung des Verkehrs-ausschusses, die eine Nachprüfung der Tarifpolitik der Reichsbahn fordert und ferner verlangt, daß anlässlich der Ernennung des Gesellschaftsdirektors und der Befähigung durch den Reichspräsidenten das Verhältnis der Reichsbahn zur Reichsregierung und Parlament grundsätzlich geklärt wird.

Das Haus vertagt sich dann auf acht Uhr mit der Tagesordnung: Anträge über Zollveränderungen, Zollabkommen mit Dänemark, deutsch-schwedischer Handelsvertrag, keine Vorlagen.

Abendigung.

Berlin, 2. Juli. (Zuruf.) Präsident Loebe eröffnet die neue Sitzung um 8 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß der dem Abgeordnete Schurig-Bremen am Nachmittag durch einen Straßenbahnunfall lebensgefährlich verletzt worden ist.

Die Kommunisten beantragen, ihr Mißtrauensvotum gegen die Regierung auf die Tagesordnung zu setzen. Das Vorhaben scheiterte durch den Einspruch des Abg. Schults-Bromberg (Dnl.).

Zur gemeinsamen Beratung gestellt wird der sozialdemokratische Antrag über Zolländerungen und die Handelsverträge mit Dänemark und Schweden. Der sozialdemokratische Antrag fordert Verlängerung der gegenwärtigen Zollsätze bis zum 31. Dezember 1926. Nach dem Vorschlag des Ausschusses sollen bis zum 31. Dezember folgende ermäßigte Zollsätze erhoben werden: Für Roggen, Weizen und Hafer fünf Mark, für Futtergerste zwei Mark, für Fleisch 21 Mark, für Schweinefleisch 14 Mark, für Schmalz und Fett sechs Mark usw.

Abg. Sente (Soz.) protestiert gegen die Zollerhöhungen, die eine Verteuerung des Fleisches und des Brotes zur Folge haben müssen. An dem wertvollen Volke werde hier ein Unrecht verübt. Es ist bedauerlich, daß die Demokraten und das Zentrum diese unerhörte Zollpolitik, mit der sogar die Margarine verteuert wird, mitmachen. Auch die Viehhaltung des Kleinbauern wird verteuert. Die Zunahme des Verbrauchs von Gefrierfleisch beweise, daß das Volk das frische Fleisch nicht bezahlen kann. Die Regierung verfährt sich mit dieser Politik an dem deutschen Volke und an der deutschen Wirtschaft. Die Arbeiter leiden unter den hohen Preisen und dabei sind 17 Prozent der Bevölkerung arbeitslos. Diese Zollpolitik müsse bekämpft werden.

Abg. Raenen (Komm.) fordert den Rücktritt der Regierung, die sich mit ihrer Politik unmöglich gemacht habe.

Keine Erhöhung der Biersteuer.

III. Berlin, 2. Juli. In der Angelegenheit der Hinausschiebung der Biersteuererhöhung hat der Kommissar für die verpänderten Einnahmen, Sir Andrew Mac Donnan, seine Einwilligung gegeben, daß die Erhöhung der Biersteuer auch weiterhin zunächst hinausgeschoben wird. Der formelle Abschluß einer Vereinbarung, über deren prinzipielle Grundlage zwischen dem Kommissar und der Reichsfinanzverwaltung Einigkeit besteht, soll in den nächsten Wochen erfolgen.

Während des Saison-Ausverkaufs Tallenröcke von Mk. 4.50 an Reinseld. Damenstrümpfe Paar von Mk. 2.- an PAUL RODER, Nachf. Jenny Homburger Kalsersstr. 136 im Friedrichsbad.

Amliche Anzeigen Konkursversteigerung Dienstag, den 6. Juli 1926, nachmittags 3 Uhr, werde ich in Karlsruhe, Baumackerstr. 48 (Erdgeschoss) u. Zierfeld) gegen bare Zahlung öffentlich versteigern: 1 Schreibmaschine, 2 Schreibtische, 1 Asten-schrank, Kleintische, Tische, Stühle, Gram-mophonzubehörsel u. dgl. mehr. Karlsruhe, den 2. Juli 1926. 13761 Richter, Gerichtsadvokat.

Maurer- u. Plasterarbeiten. Die Stadtgemeinde Ettlingen verleiht die Ausführung von Maurer- und Plasterarbeiten für die Bebauung der Alh innerhalb der Stadt, und zwar circa 300 qm Mauerwerk mit circa 800 qm Schichtenverklebung und circa 170 qm Gipsputz. Bedingungen und Bedingungen liegen bei unter-schriebener Stelle an. Angebote sind bischer unter Verwendung der Bordrude bis Dienstag, den 6. Juli, vorm. 10 Uhr, einzureichen. Ettlingen, den 1. Juli 1926. 2531a Stadtbauamt.

Kleine Anzeigen haben größten Erfolg in der „Badischen Presse“.

Ausverkauf! Musikalien Antiquarisch! Wegen vollständiger Aufgabe der seit 1847 bestehenden und bis auf die Neuzeit ergänzte Musikalienhandlung werden die antiquarischen Vorräte zu bedeutend herabgesetzten Preisen abgestoßen! Das Lager umfaßt tausende klassische und moderne Lieder, Arien, Operngesänge, Kammer-musikwerke, Trios, Quartette etc. 2 Klaviere, 4- und 8-händig, Pianoforte Unterrichts-Werke, Salon-Musik etc. Mehrere 100 Opern-Auszüge mit Text sowie 2- und 4-händig, die meisten in soliden Ledereinbänden! Der Verkauf findet nur in der Zeit v. 3.—15. Juli statt. FR. DOERT, Musikalienhandlung Kaisersstraße, Ecke Ritterstraße, Eingang Ritterstraße. 13765

Keine Erkältung wats Regen und Kälte — wenn Sie Wäsche Fäße behalten. Dies erreichen Sie aber nur, wenn Ihre Schuhe wasserdicht sind. Fliegen Sie diese daher nur mit Nigrin und Sie haben immer wasser-dichte Schuhe und trockene Fäße.

Großer Millions-Briefmarkenverkauf Am 15. Juli 1926, nachmittags 3 Uhr beginnend, sollen im Gewerbe-haus der Stadt Köln die dort lagernden 3000 Kilo garantiert unsortierte Millions-Briefmarken von 2 Pfennigen, 1 Pfennigen usw., seit langem Jahren in der ganzen Welt gesammelt, mit vielen alten und seltenen Marken, durch die Unterzeichneten ohne Unterschied des Wertes nach Gewicht ver-kauf werden. Interessenten erholen vorher (sonst) verheißene Original-Probekilos. Ein Original-Probekilo brutto (10—20 000 Stück) kostet 21 M., 2 Kilo 30 M., 4 Kilo 50 M., 10 Kilo 100 M., Kassa voraus, portofrei (inkl. Nachnahme, Ausland nur Kassa voraus). Briefmarken-Eins. u. Aus-führ. B. M. S. Köln, Gewerbehaus Nr. 9, Sternstr. 9, 5075 (Großes Unternehmen dieser Art.) 51785

Kaufgefuche Gut erhaltenes, ge-brauchtes Motorrad gegen Möbelleistung zu kaufen gesucht. Mars, 2. M. 23, Wambeter oder D-Red bevorzugt. Gut, mit Seitenwagen, Angebots unter Nr. 2534a an die Badische Presse.

Motorrad zu kaufen gesucht geg-bar, 3-4 PS Angeb-ten und Preis unter Nr. 2534a an die Badische Presse.

Haus mit Laden evtl. Einfamilienhaus zu kauf gef. Auch Wor-orte kommen in Frage. Angeb. unt. Nr. 25308 an die Badische Presse.

Häuser sowie Geschäfte aller Art stets zu verk. 2514754 Otto Raab, Baum-Ordnungsstr. 33, Tel. 4124.

Gut eingerichtete Buchdruckerei Gut erhalten, sofort zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Nr. 25176 an die Badische Presse.

Motorrad gut erhalten, sofort zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Nr. 25176 an die Badische Presse.

Badeeinrichtung gut erhalten, sofort zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Nr. 25176 an die Badische Presse.

Jagdgewehr gut erhalten, sofort zu kaufen gesucht. Angeb. unt. Nr. 25176 an die Badische Presse.

